Beschluss der Landesregierung

Deliberazione della Giunta Provinciale

Nr. 803
Sitzung vom 21/09/2021
Seduta del

ANWESEND SIND		SONO PRESENTI
Landeshauptmann	Arno Kompatscher	Presidente
Landeshauptmannstellvertr.	Waltraud Deeg	Vicepresidente
Landeshauptmannstellvertr.	Giuliano Vettorato	Vicepresidente
Landeshauptmannstellvertr.	Daniel Alfreider	Vicepresidente
Landesräte	Philipp Achammer	Assessori
	Massimo Bessone	
	Maria Hochgruber Kuenzer	
	Arnold Schuler	
	Thomas Widmann	
Generalsekretär	Eros Magnago	Segretario Generale

Betreff:

Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

Oggetto:

Carta Europea per l'uguaglianza e la parità delle donne e degli uomini nella vita locale e regionale

Vorschlag vorbereitet von Abteilung / Amt Nr. 1.5

Proposta elaborata dalla Ripartizione / Ufficio n.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Im Jahr 2006 wurde vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene mit der Zielsetzung verabschiedet, Aktionen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern durchzuführen.

Mittlerweile haben sich mehr als 1700 Gebietskörperschaften in 35 Ländern mit ihrer Unterzeichnung den Zielen der Charta verpflichtet und sich somit formell und öffentlich zum Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern bekannt, um die in der Charta niedergelegten Verpflichtungen innerhalb ihres Gebiets umzusetzen.

Am 30.03.2021 hat sich die Landesregierung in ihrer Sitzung für die Umsetzung von weiteren Maßnahmen auf dem Gebiet der Gleichstellung von Frauen und Männern ausgesprochen, insbesondere auch im Hinblick auf die Inhalte der genannten Charta und den darauf aufbauenden Gleichstellungs-Aktionsplan.

Artikel 2 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 23. April 1992, Nr. 10 bestimmt, dass der Landesregierung die Festlegung der grundsätzlichen Zielsetzungen der Landesverwaltung, der Erlass allgemeiner Richtlinien zur Verwirklichung derselben sowie die Überprüfung der erzielten Ergebnisse obliegt.

Aufgrund der Tragweite der Thematik der Gleichstellung und ihres Einwirkens auf unterschiedliche Bereiche der Landespolitik und -verwaltung wird es als angebracht erachtet, dass die Landesregierung den Landeshauptmann zur Unterzeichnung der beiliegenden Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene und zur darauf aufbauenden Umsetzung des Gleichstellungs-Aktionsplanes ermächtigt.

Dies vorausgeschickt,

beschließt

die Landesregierung

einstimmig in gesetzmäßiger Weise

1. den Landeshauptmann zur Unterzeichnung der als wesentlicher Bestandteil des Beschlusses

Nell'anno 2006, il Consiglio dei Comuni e delle Regioni Europei ha varato la Carta Europea per l'uguaglianza e la parità delle donne e degli uomini nella vita locale e regionale, al fine di attuare misure volti a promuovere la parità fra donne e uomini.

Fino ad oggi, più di 1700 enti territoriali in 35 paesi diversi si sono impegnati con la loro sottoscrizione al rispetto dei principi della Carta e quindi, a prendere pubblicamente posizione sul principio della parità fra donne e uomini e ad attuare, sul proprio territorio, gli impegni definiti nella Carta.

Il giorno 30.03.2021, la Giunta provinciale, nella sua seduta, si è espressa a favore dell'attuazione di ulteriori misure nell'ambito dell'uguaglianza e della parità fra donne e uomini, con particolare riferimento anche ai contenuti della summenzionata Carta e al Piano d'azione per la parità, che si basa su di essa.

L'articolo 2, comma 1 della legge provinciale 23 aprile 1992, n. 10, disciplina che la Giunta provinciale indica gli obiettivi fondamentali che l'amministrazione provinciale deve perseguire ed emana le direttive generali per il loro raggiungimento e per la verifica dei relativi risultati.

Data l'importanza della tematica dell'uguaglianza e della parità e la sua influenza su diversi ambiti sia a livello politico che amministrativo, si ritiene opportuno che la Giunta provinciale autorizzi il Presidente alla sottoscrizione dell'allegata Carta Europea per l'uguaglianza e la parità delle donne e degli uomini nella vita locale e regionale e della successiva attuazione del Piano d'azione per la parità che si basa su essa.

Ciò premesso,

la Giunta provinciale

delibera

a voti unanimi legalmente espressi

1. di autorizzare il Presidente della Provincia alla sottoscrizione dell'allegata Carta Europea per

beiliegenden Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene zu ermächtigen und die darauf aufbauende Umsetzung des Gleichstellungsaktionsplanes voranzutreiben.

l'uguaglianza e la parità delle donne e degli uomini nella vita locale e regionale, la quale forma parte integrante della presente deliberazione e della successiva attuazione del Piano d'azione per la parità che si basa su essa.

DER LANDESHAUPTMANN

IL PRESIDENTE DELLA PROVINCIA

DER GENERALSEKRETÄR DER L.R.

IL SEGRETARIO GENERALE DELLA G.P.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

CCRE
CEMR

EUROPÄISCHE CHARTA FÜR DIE GLEICHSTELLUNG

von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

Conseil des Communes et Régions d'Europe
Council of European Municipalities and Regions

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Auf der Hauptversammlung des RGRE in Innsbruck,

Mai 2006, vorgestellt

Verfasst im Rahmen des 5. Aktionsprogramms der Gemeinschaft

für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Kontakt: Sandra Ceciarini

sandra.ceciarini@ccre.org

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

EUROPÄISCHE CHARTA FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN AUF LOKALER EBENE

Eine Charta für die Lokal- und Regionalregierungen Europas zur Förderung des Einsatzes ihrer Kompetenzen und Partnerschaften mit dem Ziel der Schaffung von mehr Gleichheit für ihre Bevölkerung

Erarbeitet und gefördert vom
Rat der Gemeinden und Regionen Europas und seinen Partnern

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

[EINLEITUNG]

Die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene wendet sich an die Lokal- und Regionalregierungen Europas und lädt sie ein, die Charta zu unterzeichnen, sich formell und öffentlich zum Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern zu bekennen und die in der Charta niedergelegten Verpflichtungen innerhalb ihres Gemeindegebiets umzusetzen.

Um die Umsetzung dieser Verpflichtungen zu unterstützen, erklären sich die unterzeichnenden Gebietskörperschaften bereit, einen Gleichstellungs-Aktionsplan zu erarbeiten, der die für diesen Zweck vorgesehenen Prioritäten, Aktivitäten und Ressourcen darlegt.

Darüber hinaus verpflichten sich die unterzeichnenden Gebietskörperschaften, alle Institutionen und Organisationen in ihrem Gemeindegebiet einzubeziehen, um die Erreichung echter Gleichstellung in der Praxis sicherzustellen.

Die Charta wurde im Rahmen eines Projekts (2005-2006) erarbeitet, das vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas zusammen mit zahlreichen nachstehend aufgeführten Partnern durchgeführt wurde. Das Projekt wurde von der Europäischen Kommission im Rahmen des 5. Aktionsprogramms der Gemeinschaft für die Gleichstellung von Frauen und Männern unterstützt.

• • •

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Grundrecht aller Menschen sowie ein Grundwert jeder Demokratie. Um dieses Ziel zu erreichen, muss dieses Recht nicht nur vor dem Gesetz anerkannt sein, sondern wirksam auf alle Bereiche des Lebens angewendet werden: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

Trotz vielfältiger formaler Anerkennung und zahlreicher Fortschritte ist die Gleichstellung von Frauen und Männern im Alltag noch immer nicht Realität geworden. Frauen und Männer genießen in der Praxis nicht dieselben Rechte. Gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Ungleichheiten bestehen weiterhin, etwa bei Löhnen und Gehältern sowie bei der politischen Vertretung, in der Frauen unterrepräsentiert sind.

Diese Ungleichheiten sind das Ergebnis sozialer Konstrukte, die auf zahlreichen Stereotypen in den Bereichen Familie, Bildung, Kultur, Medien, Arbeitswelt, gesellschaftliche Organisation usw. beruhen. Es existieren nach wie vor viele Felder, in denen Handlungsbedarf besteht, in denen neue Ansätze und strukturelle Veränderungen eingeführt werden können.

Als die den BürgerInnen am nächsten stehende Regierungsebene sind Lokal- und Regionalbehörden am besten geeignet, die Fortdauer und Neubildung von Ungleichheiten zu bekämpfen und eine wahrhaft egalitäre Gesellschaft zu fördern. Durch ihre Kompetenzbereiche und Kooperationen mit der ganzen Bandbreite lokaler AkteurInnen können sie konkrete

Aktionen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern durchführen.

Darüber hinaus ist das Subsidiaritätsprinzip für die praktische Umsetzung des Rechts auf Gleichstellung von Frauen und Männern besonders wichtig. Dieses Prinzip gilt für alle Regierungsebenen – die europäische, nationale, regionale und lokale. Während den Lokal- und Regionalregierungen Europas unterschiedliche Verantwortungsbereiche zukommen, können und müssen sie alle eine positive Rolle in der Förderung der Gleichstellung spielen, und zwar in praktischer Weise, die sich auf das tägliche Leben ihrer Bevölkerung auswirkt.

Die Prinzipien der lokalen und regionalen Selbstbestimmung sind eng mit dem Subsidiaritätsprinzip verbunden. Die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarats aus dem Jahr 1985, welche von einer großen Mehrheit europäischer Staaten unterzeichnet und ratifiziert wurde, betont *„das Recht und die tatsächliche Fähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften, im Rahmen der Gesetze einen wesentlichen Teil der öffentlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung zum Wohl ihrer EinwohnerInnen zu regeln und zu gestalten."* Die Umsetzung und Förderung des Rechts auf Gleichstellung muss im Zentrum dieses Konzepts kommunaler Selbstverwaltung verankert sein.

Die lokale oder regionale Demokratie muss sicherstellen, dass hinsichtlich ganz konkreter Aspekte des täglichen Lebens wie etwa Wohnraum, Sicherheit, öffentliche Verkehrsmittel, Arbeitswelt oder Gesundheit die sinnvollsten Entscheidungen getroffen werden.

Außerdem ermöglicht die umfassende Einbeziehung von Frauen in die Entwicklung und Umsetzung lokaler und regionaler Politiken eine Berücksichtigung ihrer Lebenserfahrungen, Kenntnisse und Kreativität.

Wenn wir eine Gesellschaft schaffen wollen, die auf Gleichstellung beruht, müssen Lokal- und Regionalregierungen die Genderdimension in ihrer Politik, Organisation und praktischen Arbeit umfassend berücksichtigen. In der Welt von heute und morgen ist eine echte Gleichstellung von Frauen und Männern auch der Schlüssel zu unserem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg – nicht nur auf europäischer oder nationaler Ebene, sondern auch in unseren Regionen, Städten und Gemeinden.

• • •

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas und sein Ausschuss gewählter Vertreterinnen lokaler und regionaler Behörden treten seit vielen Jahren aktiv für die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern auf der lokalen und regionalen Ebene ein. Im Jahr 2005 stellte der RGRE ein konkretes Instrument für Lokal- und Regionalbehörden in Europa vor: die „Stadt der Gleichstellung". Durch Aufzeigen von guten Beispielen in bestimmten europäischen Städten und Gemeinden gibt uns die „Stadt der Gleichstellung" eine Methodik an die Hand, mit der Politiken zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf der lokalen und regionalen Ebene umgesetzt werden können. Die vorliegende Charta baut auf dieser Arbeit auf.

Die Rolle der Lokal- und Regionalregierungen für die Gleichstellungsförderung wurde in der 1998 angenommenen weltweiten Erklärung der IULA (International Union of Local Authorities) über Frauen in der Lokalregierung bestätigt. Die neue weltweite Organisation United Cities and Local Governments bezeichnet die Gleichstellung von Frauen und Männern als eines ihrer Hauptziele.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

[PRÄAMBEL]

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas als Vertreter der europäischen Lokal- und Regionalregierungen hat zusammen mit den folgenden Partnern:

Nationale Vereinigung der Gemeinden der Republik Bulgarien (NAMRB)

Union der Gemeinden Zyperns (UCM)

Union der Städte und Gemeinden der Tschechischen Republik (SMO CR)

Vereinigung finnischer Lokal- und Regionalbehörden (AFLRA)

Französische Sektion des RGRE (AFCCRE)

Deutsche Sektion des RGRE

Zentralvereinigung der Gemeinden und Kommunen Griechenlands (KEDKE)

Ungarische Nationalvereinigung lokaler Gebietskörperschaften (TÖOSZ)

Italienische Sektion des RGRE (AICCRE)

Toskanische Föderation der AICCRE

Vereinigung luxemburgischer Städte und Gemeinden (SYVICOL)

Vereinigung polnischer Städte (ZMP)

Spanischer Bund der Gemeinden und Provinzen (FEMP)

Baskische Gemeindevereinigung (EUDEL)

Stadt Wien (Österreich)
Stadt Saint Jean de la Ruelle (Frankreich)
Stadt Frankfurt am Main (Deutschland)
Stadt Cartagena (Spanien)
Stadt Valencia (Spanien)

Haus für Zeit und Mobilität Belfort-Montbéliard (Frankreich)

Ständiger Ausschuss der Euro-Mediterranen Partnerschaft lokaler und regionaler Gebietskörperschaften (COPPEM)

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

im Bewusstein, dass die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Union auf Grundrechten und Grundfreiheiten gründen, zu denen auch die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern zählt, und die europäische Gesetzgebung die Basis für die auf diesem Gebiet in Europa erzielten Fortschritte geliefert hat;

im Bewusstsein des internationalen Gesetzesrahmens für Menschenrechte der Vereinten Nationen und insbesondere der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der 1979 angenommenen Konvention über die Abschaffung aller Formen von Diskriminierung gegen Frauen;

unter Betonung des wesentlichen Beitrags des Europarats zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und der kommunalen Selbstverwaltung;

in der Erwägung, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern den Willen voraussetzt, in den drei einander ergänzenden Bereichen Maßnahmen zu setzen, die zu ihrer Erreichung nötig sind, nämlich in der Abschaffung direkter Ungleichheiten, der Beseitigung indirekter Ungleichheiten und der Schaffung eines politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Umfelds, das die proaktive Entwicklung einer egalitären Demokratie fördert;

im Bedauern über die noch immer vorhandene Diskrepanz zwischen der gesetzlichen Anerkennung des Rechts auf Gleichstellung und der tatsächlichen und praktischen Anwendung dieses Rechts;

in der Erwägung, dass Lokal- und Regionalregierungen in Europa eine entscheidende Rolle für ihre BürgerInnen und EinwohnerInnen spielen und spielen müssen, um das Recht auf Gleichstellung – insbesondere von Frauen und Männern – in allen ihren Verantwortungsbereichen umzusetzen;

in der Erwägung, dass eine ausgewogene Mitwirkung und Vertretung von Frauen und Männern in Entscheidungsprozessen und Führungspositionen von wesentlicher demokratischer Bedeutung ist;

inspiriert vor allem durch die 1979 angenommene Konvention über die Abschaffung aller Formen von Diskriminierung gegen Frauen, die Erklärung und Aktionsplattform der Vereinten Nationen von Beijing aus dem Jahr 1995 sowie die Beschlüsse der 23. Sondersitzung der UNO-Generalversammlung im Jahr 2000 (Beijing +5), die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die Empfehlung des Ministerrates vom Dezember 1996 über die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen und die weltweite Erklärung der International Union of Local Authorities aus dem Jahr 1998 über Frauen in der Lokalregierung;

im Wunsch, an den fünfundzwanzigsten Jahrestag des Inkrafttretens der UN-Konvention über die Abschaffung aller Formen von Diskriminierung gegen Frauen im September 1981 zu erinnern;

diese Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene erarbeitet und fordert die Lokal- und Regionalregierungen Europas auf, diese Charta zu unterzeichnen und umzusetzen.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

[TEIL I]

Grundsätze

Wir, die UnterzeichnerInnen dieser Charta über die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, anerkennen folgende Punkte als Grundsätze unseres Handelns:

1. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Grundrecht

Dieses Recht muss von Lokal- und Regionalregierungen in allen ihren Verantwortungsbereichen umgesetzt werden, wozu auch die Verpflichtung zählt, alle Formen der direkten oder indirekten Diskriminierung abzuschaffen.

2. Vielfältige Diskriminierungen und Benachteiligungen müssen angesprochen werden, um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu garantieren

Vielfältige Diskriminierungen und Benachteiligungen, die neben dem Geschlecht von Personen auch auf Rasse, Hautfarbe, ethnischer oder sozialer Herkunft, genetischen Merkmalen, Sprache, Religion oder Glauben, politischen oder sonstigen Überzeugungen, Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, Vermögen, Geburt, Behinderung, Alter, sexueller Ausrichtung oder sozioökonomischem Status beruhen, sind bei der Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu berücksichtigen.

3. Die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen ist eine der Grundbedingungen einer demokratischen Gesellschaft

Das Recht auf die Gleichstellung von Frauen und Männern setzt voraus, dass Lokal- und Regionalbehörden alle entsprechenden Maßnahmen treffen und alle geeigneten Strategien anwenden, um die ausgewogene Vertretung und Mitwirkung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Entscheidungsfindung zu fördern.

4. Die Beseitigung von Geschlechterstereotypen ist von grundlegender Bedeutung für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Lokal- und Regionalbehörden müssen die Beseitigung von Stereotypen und Hindernissen fördern, auf denen die Ungleichheiten im Hinblick auf Status und Situation von Frauen beruhen und die eine unausgewogene Einschätzung der Rollen von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zufolge haben.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

5. Die Einbeziehung der Geschlechterperspektive in alle Aktivitäten von Lokal- und Regionalregierungen ist für die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern erforderlich

Die Geschlechterperspektive muss in der Gestaltung von Politiken, Methoden und Instrumenten berücksichtigt werden, die das tägliche Leben der Bevölkerung beeinflussen, etwa durch den Einsatz von Gender Mainstreaming[1] und Gender Budgeting[2] . Zu diesem Zweck müssen die Erfahrungen von Frauen auf lokaler Ebene unter Einbeziehung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen analysiert und berücksichtigt werden.

6. Entsprechend dotierte Aktionspläne und Programme sind notwendige Instrumente zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern

Lokal- und Regionalregierungen müssen Aktionspläne und -programme zur Gleichstellung erarbeiten und mit den Finanzmitteln und Humanressourcen ausstatten, die für ihre Umsetzung erforderlich sind.

Diese Grundsätze stellen die Basis für die im nachfolgenden Teil III aufgeführten Artikel dar.

1 **Gender Mainstreaming:** Im Juli 1997 definierte der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) das Gender Mainstreaming-Konzept wie folgt: „Mainstreaming als Geschlechterperspektive ist ein Prozess zur Bewertung der Auswirkungen aller geplanten Aktionen einschließlich von Gesetzen, Politiken oder Programmen auf Frauen und Männer. Es ist eine Strategie, um die Belange und Erfahrungen von Frauen wie Männern so zu einem integralen Teil der Planung, Umsetzung, Überprüfung und Bewertung von Politiken und Programmen in allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereichen zu machen, dass Frauen und Männer gleichviel Nutzen daraus ziehen und die Ungleichheit nicht länger bestehen bleibt. Das ultimative Ziel ist es, die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen."

2 **Gender Budgeting:** „Gender Budgeting ist eine Anwendung von Gender Mainstreaming im Haushaltsverfahren. Es ist eine geschlechterspezifische Bewertung der Haushaltspolitik, d.h. die Einbeziehung der Geschlechterperspektive in alle Ebenen des Haushaltsverfahrens und die Umstrukturierung der Ausgaben und Einnahmen mit Blick auf die Förderung der Geschlechtergleichstellung."

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

[TEIL II]

Umsetzung der Charta und der darin enthaltenen Verpflichtungen

Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich, die nachfolgend beschriebenen Schritte zur Umsetzung der Bestimmungen der vorliegenden Charta durchzuführen:

(1) Innerhalb eines vernünftigen Zeitraums (nicht mehr als zwei Jahre) ab Unterzeichnungsdatum entwickelt jeder Unterzeichner dieser Charta einen eigenen Gleichstellungs-Aktionsplan, nimmt diesen an und setzt ihn um.

(2) Der Gleichstellungs-Aktionsplan legt die Ziele und Prioritäten der Unterzeichnerin/des Unterzeichners, die geplanten Maßnahmen und bereitzustellenden Ressourcen fest, um die Charta und die darin enthaltenen Verpflichtungen in Kraft zu setzen. Der Plan muss auch den geplanten Zeitrahmen für seine Umsetzung darlegen. Falls ein Unterzeichner bereits über einen Gleichstellungs-Aktionsplan verfügt, muss er diesen überprüfen, um sicherzustellen, dass alle gemäß dieser Charta relevanten Themen darin aufgegriffen werden.

(3) Jede/r Unterzeichner/in holt eine Vielzahl von Meinungen ein, bevor der Gleichstellungs-Aktionsplan angenommen wird, und sorgt für die weite Verbreitung des Plans nach Annahme. Außerdem berichtet jede/r Unterzeichner/in regelmäßig und öffentlich über die bei der Umsetzung des Plans gemachten Fortschritte.

(4) Jede/r Unterzeichner/in revidiert den Gleichstellungs-Aktionsplan je nach Erfordernis und entwickelt jeweils neue Pläne für nachfolgende Perioden.

(5) Jede/r Unterzeichner/in erklärt sich grundsätzlich bereit, mit einem geeigneten, noch zu schaffendem Bewertungssystem zu kooperieren, um die Fortschritte bei der Umsetzung dieser Charta beurteilen zu können und es Lokal- und Regionalregierungen in ganz Europa zu ermöglichen, voneinander zu lernen, wie die Gleichstellung von Frauen und Männern besser erreicht werden kann. Zu diesem Zweck stellt jede/r Unterzeichner/in den Gleichstellungs-Aktionsplan sowie andere relevante, öffentlich zugängliche Materialien zur Verfügung.

(6) Jede/r Unterzeichner/in informiert den Rat der Gemeinden und Regionen Europas schriftlich davon, dass und an welchem Tag die Charta unterzeichnet wurde, und gibt gleichzeitig Kontaktdaten für weitere Zusammenarbeit im Hinblick auf die Charta an.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

[TEIL III]

Demokratische Verantwortung

Artikel 1

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass das Recht auf die Gleichstellung von Frauen und Männern eine der Grundbedingungen einer demokratischen Gesellschaft darstellt und eine demokratische Gesellschaft nicht auf die Fähigkeiten, Kenntnisse, Erfahrungen und Kreativität von Frauen verzichten kann. Zu diesem Zweck muss sie auf Grundlage der Gleichstellung die Teilhabe, Vertretung und Einbeziehung von Frauen mit unterschiedlichem Hintergrund und unterschiedlichen Alters in allen Bereichen politischer und öffentlicher Entscheidungsprozesse sicherstellen.

(2) Als demokratisch gewähltes Gremium, dessen Aufgabe das Wohlergehen der Bevölkerung und des Gemeindegebiets ist, verpflichtet sich die Unterzeichnerin/der Unterzeichner daher als demokratische/r Repräsentant/in der lokalen Gemeinschaft, Erbringer und Auftraggeber von Leistungen, Planer und Regulierungsbehörde sowie Arbeitgeber, die praktische Anwendung dieses Rechts in allen seinen Aktivitätsbereichen zu fördern und zu unterstützen.

Politische Rolle

Artikel 2 – Politische Vertretung

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass Frauen und Männern die gleichen aktiven und passiven Wahlrechte zukommen.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass Frauen und Männern die gleichen Rechte zukommen, an Politikgestaltung und -umsetzung teilzuhaben, öffentliche Ämter zu bekleiden und alle öffentlichen Funktionen auf allen Regierungsebenen wahrzunehmen.

(3) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt den Grundsatz der ausgewognen Vertretung in allen gewählten und öffentlichen Entscheidungsgremien.

(4) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich zur Durchführung aller angemessenen Maßnahmen zur Unterstützung der oben erwähnten Rechte und Grundsätze, darunter auch folgender Schritte:

- Frauen aufzufordern, sich in Wählerlisten eintragen zu lassen und ihr aktives und passives Wahlrecht wahrzunehmen;

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

- politische Parteien und Gruppierungen aufzufordern, den Grundsatz der ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern anzuwenden und umzusetzen;

- zu diesem Zweck politische Parteien und Gruppierungen aufzufordern, alle gesetzlich zulässigen Schritte zu unternehmen – wozu, falls erforderlich, auch Quotenregelungen zählen –, um die Anzahl von Kandidatinnen bei Wahlen zu erhöhen;

- die eigenen Verfahren und Verhaltensstandards so zu regeln, dass potenzielle Kandidatinnen und gewählte Vertreterinnen nicht durch stereotype Verhaltensformen, sprachliche Wendungen oder Belästigungen abgeschreckt werden;

- Maßnahmen zu treffen, um es gewählten Vertreterinnen zu ermöglichen, Privatleben, Arbeit und öffentliche Aufgaben miteinander zu vereinbaren, etwa in dem Zeitpläne, Arbeitsmethoden und Betreuungseinrichtungen allen gewählten VertreterInnen uneingeschränkte Teilhabe ermöglichen.

(5) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich zur Förderung und Anwendung des Grundsatzes der ausgewogenen Vertretung in den eigenen Entscheidungs- und Beratungsgremien sowie bei der Entsendung von Personen in externe Gremien.

Falls die Behörde derzeit keine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern wahrnimmt, wird sie diese so einführen, dass jenes Geschlecht, das derzeit in der Minderheit ist, wenigstens genauso gut vertreten sein wird wie dies im Augenblick der Fall ist.

(6) Weiterhin verpflichtet sich die/der Unterzeichner/in dafür zu sorgen, dass keine öffentliche oder politische Stellung, für die ein Vertreter/eine Vertreterin bestellt oder gewählt wird, grundsätzlich und in der Praxis auf nur ein Geschlecht beschränkt ist oder aufgrund von stereotypen Ansichten als normale Rolle nur eines Geschlechts betrachtet wird.

Artikel 3 – Mitwirkung am politischen und zivilgesellschaftlichen Leben

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass das Recht von BürgerInnen auf Mitwirkung an öffentlichen Angelegenheiten einen Grundsatz jeder Demokratie darstellt, und dass Frauen und Männer das Recht haben, in gleichem Maße an der Regierung und dem öffentlichen Leben ihrer Region, Kommune und lokalen Gemeinschaft mitzuwirken.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

(2) Im Hinblick auf die verschiedenen Formen der öffentlichen Mitwirkung an den eigenen Angelegenheiten, etwa in Beiräten, Nachbarschaftsräten, E-Partizipation oder Planungsvorhaben mit Bürgerbeteiligung, verpflichtet sich die/der Unterzeichner/in dafür zu sorgen, dass Frauen und Männer in der Praxis gleiche Möglichkeiten der Mitwirkung genießen. Führen bestehende Formen der Mitwirkung nicht zu dieser Gleichstellung, verpflichtet sich die/der Unterzeichner/in, neue Methoden zu entwickeln und zu erproben.

(3) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich, die aktive Mitwirkung am politischen und zivilgesellschaftlichen Leben für Frauen und Männer aus allen Gruppen der Gemeinschaft, insbesondere von Frauen und Männern aus Minderheiten, die sonst vielleicht ausgeschlossen wären, zu fördern.

Artikel 4 – Öffentliches Engagement für Gleichstellung

(1) Als demokratische/r Repräsentant/in und Vertreter/in der Gemeinde und des Gemeindegebiets verpflichtet sich die/der Unterzeichner/in formell und öffentlich dem Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, wozu auch folgende Schritte zählen:

- Ankündigung der Unterzeichnung dieser Charta durch die/den Unterzeichner/in nach einer Diskussion im höchsten Gremium des Unterzeichners und nach Annahme der Charta durch dieses Gremium;

- Verpflichtung zur Umsetzung dieser Charta sowie öffentliche und regelmäßige Berichterstattung über die bei der Umsetzung des Gleichstellungs-Aktionsplans erzielten Fortschritte;

- Verpflichtung zur Einhaltung und Durchsetzung eines Verhaltenskodex betreffend die Geschlechtergleichstellung durch die/den Unterzeichner/in und die Mandatsträger.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner nützt ihr/sein demokratisches Mandat, um andere politische und öffentliche Institutionen, private Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Organisationen aufzufordern, in ihrem Handeln das Recht auf die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Praxis sicherzustellen.

Artikel 5 – Zusammenarbeit mit Partnern zur Förderung der Gleichstellung

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich, mit allen PartnerInnen aus dem öffentlichen und privaten Sektor sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, um die

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen des Lebens im eigenen Hoheitsgebiet zu fördern. Insbesondere versucht die/der Unterzeichner/in, zu diesem Zweck mit den Sozialpartnern zu kooperieren.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner zieht bei der Entwicklung und Überprüfung des Gleichstellungs-Aktionsplans sowie hinsichtlich aller anderen wichtigen Fragen, welche die Gleichstellung betreffen, Partnergremien und -organisationen einschließlich der Sozialpartner zu Rate.

Artikel 6 – Kampf gegen Stereotype

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich, Vorurteile, Praktiken und sprachliche Wendungen sowie Bilder zu bekämpfen und so weit wie möglich zu verhindern, welche auf der Vorstellung der Über- oder Unterlegenheit eines Geschlechts oder auf stereotypen Geschlechterrollen für Frauen oder Männer beruhen.

(2) Zu diesem Zweck sorgt die/er Unterzeichner/in dafür, dass die eigenen öffentlichen und internen Mitteilungen dieser Verpflichtung voll entsprechen und positive Geschlechterbilder und -beispiele befördern.

(3) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner unterstützt des weiteren die MitarbeiterInnen durch Ausbildungs- und andere Maßnahmen in der Erkennung und Beseitigung stereotyper Einstellungen und Verhaltensweisen und regelt auch die Verhaltensstandards in dieser Hinsicht.

(4) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner führt Aktivitäten und Kampagnen durch, um das Bewusstsein für den schädlichen Einfluß von Geschlechterstereotypen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern zu schärfen.

Artikel 7 – Gute Verwaltungs- und Konsultationsverfahren

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt das Recht von Frauen und Männern auf gleiche, unparteiische, faire und möglichst schnelle Behandlung in allen Angelegenheiten, zu denen auch folgende Rechte zählen:

- Recht auf Anhörung vor jeder Entscheidung, die negative Konsequenzen für eine Person haben könnte;

- Verpflichtung der jeweiligen Behörde zur Anführung von Gründen für ihre Entscheidung;

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

- Recht auf relevante Informationen über eine Person betreffende Fragen.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass die Qualität der Politiken und Entscheidungen im gesamten eigenen Kompetenzbereich mit großer Wahrscheinlichkeit gesteigert wird, wenn alle unter Umständen betroffenen Personen zu einem frühen Zeitpunkt zu Rate gezogen werden, und dass Frauen und Männer in der Praxis gleichen Zugang zu relevanten Informationen sowie gleiche Antwortmöglichkeiten erhalten müssen.

(3) Daher verpflichtet sich die/der Unterzeichner/in, je nach Erfordernis folgende Schritte zu unternehmen:

- Sicherstellen, dass Informationsverfahren die Bedürfnisse von Frauen und Männern berücksichtigen, wozu auch der Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien zählt;

- Sicherstellen, dass bei Konsultationsverfahren auch jene Stimmen in gleichem Maße Gehör finden, die sonst oft übergangen werden, und dass gesetzlich zulässige positive Maßnahmen ergriffen werden, um diesen Verlauf zu garantieren;

- Falls angebracht, Durchführung von getrennten Konsultationsverfahren für Frauen.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Allgemeiner Rahmen für die Gleichstellung

Artikel 8 – Allgemeine Verpflichtungen

(1) Im Hinblick auf den gesamten eigenen Kompetenzbereich anerkennt, achtet und fördert die/der Unterzeichner/in die entsprechenden Rechte und Grundsätze der Gleichstellung von Frauen und Männern und bekämpft geschlechterspezifische Benachteiligung and Diskriminierung.

(2) Die in dieser Charta dargelegten Verpflichtungen gelten für eine/n Unterzeichner/in nur dann, wenn sie bzw. ihre relevanten Aspekte in den eigenen rechtlichen Kompetenzrahmen fallen.

Artikel 9 – Gleichstellungsprüfung

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich, im Hinblick auf den gesamten eigenen Kompetenzbereich Gender Assessments (Bewertung geschlechterspezifischer Auswirkungen) wie in diesem Artikel beschrieben durchzuführen.

(2) Zu diesem Zweck verpflichtet sich die/der Unterzeichner/in, ein Umsetzungsprogramm für Gender Assessments entsprechend den eigenen Prioritäten, Ressourcen und Zeitplänen durchzuführen und in den Gleichstellungs-Aktionsplan aufzunehmen bzw. darin zu berücksichtigen.

(3) Um Relevanz zu erlangen, sollen Gender Assessments folgende Schritte enthalten:

- Prüfung bestehender Politiken, Verfahren, Praktiken, Schemata und Anwendungshäufigkeiten, um zu klären, ob diese unfaire Diskriminierungen in sich tragen, auf Geschlechterstereotypen beruhen oder ob sie die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Männern entsprechend berücksichtigen;

- Prüfung der Zuteilung von finanziellen und anderen Ressourcen für die genannten Zwecke;

- Herausarbeiten der Prioritäten und – falls erforderlich – Ziele, um mit den sich aus diesen Prüfungen ergebenden Resultaten umgehen und erkennbare Verbesserungen in der Leistungserbringung erzielen zu können;

- frühzeitige Durchführung einer Einschätzung aller wesentlichen Vorschläge für neue oder abgeänderte Politiken, Verfahren und Änderungen in der Ressourcenzuteilung, um deren potenzielle Auswirkungen auf Frauen und Männer erkennen und endgültige Entscheidungen im Lichte dieser Einschätzung treffen zu können;

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

- Berücksichtigung der Bedürfnisse oder Interessen von Personen, die vielfältigen Diskriminierungen oder Benachteilungen ausgesetzt sind.

Artikel 10 – Vielfältige Diskriminierungen oder Benachteiligungen

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen oder sozialen Herkunft, genetischer Merkmale, der Sprache, der Religion oder des Glaubens, politischer oder sonstiger Überzeugungen, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung verboten ist.

(2) Darüber hinaus anerkennt die/der Unterzeichner/in, dass viele Frauen und Männer trotz dieses Verbots vielfältigen Diskriminierungen und Benachteiligungen ausgesetzt sind, wozu auch sozioökonomische Benachteiligungen zählen, welche ihre Fähigkeit, die anderen in dieser Charta dargelegten und erwähnten Rechte wahrzunehmen, unmittelbar beeinträchtigen.

(3) Die/der Unterzeichner/in verpflichtet sich, im Rahmen des eigenen Kompetenzbereichs Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen vielfältiger Diskriminierungen oder Benachteiligungen zu bekämpfen, einschließlich:

- Sicherzustellen, dass die Probleme vielfältiger Diskriminierungen und Benachteiligungen im Gleichstellungs-Aktionsplan und in der Bewertung geschlechterspezifischer Auswirkungen aufgegriffen werden;

- Sicherzustellen, dass die Probleme vielfältiger Diskriminierungen und Benachteiligungen bei der Durchführung von Aktionen oder Maßnahmen gemäß anderen Artikeln dieser Charta berücksichtigt werden;

- Durchführung öffentlicher Informationskampagnen zur Bekämpfung von Stereotypen und Förderung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern, die vielfältigen Diskriminierungen und Benachteiligungen ausgesetzt sind;

- Durchführung spezieller Maßnahmen für die besonderen Bedürfnisse von Migrantinnen.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Rolle als Arbeitgeber

Artikel 11

(1) In der Rolle als Arbeitgeber anerkennt die/der Unterzeichner/in das Recht auf Gleichstellung von Frauen und Männern betreffend alle Aspekte der Beschäftigung einschließlich Arbeitsorganisation und Arbeitsbedingungen.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt das Recht auf die Vereinbarkeit von Beruf, gesellschaftlichem und Privatleben und Privatsphäre sowie das Recht auf Würde und Sicherheit am Arbeitsplatz.

(3) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich, alle vernünftigen Maßnahmen einschließlich gesetzlich zulässiger positiver Unterstützungsmaßnahmen zu treffen, um die oben erwähnten Rechte zu unterstützen.

(4) Die in Punkt (3) erwähnten Maßnahmen beinhalten:

(a) Prüfung der relevanten Politiken und Verfahren im Hinblick auf die Beschäftigung innerhalb der eigenen Organisation sowie Entwicklung und Umsetzung der die Beschäftigung betreffenden Abschnitte im Gleichstellungs-Aktionsplan, um Ungleichheiten innerhalb eines zumutbaren Zeitraums zu beseitigen, wobei unter anderem folgende Punkte zu berücksichtigen sind:

- gleiche Bezahlung einschließlich gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit;
- Vorkehrungen für die Prüfung von Lohn-, Gehalts- und Pensionssystemen;
- Maßnahmen zur Sicherstellung fairer und transparenter Beförderungs- und Karrierechancen;
- Maßnahmen zur Sicherstellung einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern auf allen Ebenen, insbesondere zur Beseitigung von Unausgewogenheiten auf der Führungsebene;
- Maßnahmen zur Beseitigung geschlechterspezifischer Aufteilungen von Berufsfeldern und zur Förderung von Personen, die sich für nichttraditionelle Berufe entscheiden;
- Maßnahmen zur Sicherstellung fairer Einstellungsverfahren;
- Maßnahmen zur Sicherstellung angemessener, gesunder und sicherer Arbeitsbedingungen;

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

- Verfahren zur Konsultation von MitarbeiterInnen und ihrer Gewerkschaften, wodurch eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in allen Konsultations- oder Verhandlungsgremien sichergestellt werden soll;

(b) Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz durch Klarstellung, dass solche Verhaltensweisen nicht akzeptabel sind, durch die Unterstützung von Opfern, die Einführung und Umsetzung transparenter Strategien für den Umgang mit Tätern sowie die Schärfung eines entsprechenden Problembewusstseins;

(c) Aufbau eines Personalbestandes auf allen Organisationsebenen, der die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt der lokalen Bevölkerung widerspiegelt;

(d) Unterstützung der MitarbeiterInnen bei der Vereinbarkeit von Beruf, gesellschaftlichem Leben und Familie durch:

- Einführung von Politiken, die gegebenenfalls eine Anpassung der Arbeitszeit sowie Regelungen für die Betreuung von Familienmitgliedern von MitarbeiterInnen vorsehen;
- Ermutigung männlicher Mitarbeiter, ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, sich zur Kinderbetreuung beurlauben zu lassen.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Öffentliches Beschaffungs- und Vertragswesen

Artikel 12

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass er/sie in der Ausübung ihrer/seiner Aufgaben und Pflichten im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens einschließlich der Verträge für die Lieferung von Waren, Erbringung von Dienstleistungen oder Durchführung von Arbeiten Verantwortung hat, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass diese Verantwortung von besonderer Bedeutung ist, wenn es um die Beauftragung einer externen Rechtspersönlichkeit mit der Erbringung einer wichtigen öffentlichen Dienstleistung geht, für die die Unterzeichnerin/der Unterzeichner nach dem Gesetz Verantwortung trägt. In diesem Fall muss die/der Unterzeichner/in dafür Sorge tragen, dass die Rechtspersönlichkeit, die den Zuschlag erhält (egal, welche Eigentümerstruktur sie aufweist), dieselbe Verantwortung für die Sicherstellung oder Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern übernimmt, wie sie dem Unterzeichner bei eigener Leistungserbringung zugekommen wäre.

(3) Darüber hinaus unternimmt die/der Unterzeichner/in, soweit sie/er es für angebracht hält, folgende Schritte:

(a) bei jedem wichtigen Vertrag, den sie/er abzuschließen plant, sind die relevanten geschlechterspezifischen Auswirkungen zu bedenken und die Möglichkeiten für die gesetzliche Förderung der Gleichstellung zu prüfen;

(b) es ist sicherzustellen, dass die Leistungsbeschreibung die Gleichstellungsziele im Rahmen des Vertrags berücksichtigt;

(c) es ist sicherzustellen, dass alle sonstigen Bestimmungen des jeweiligen Vertrags diese Ziele berücksichtigen und widerspiegeln;

(d) Befugnisse nach dem EU-Recht für das öffentliche Auftragswesen zu nutzen, um im Vertrag Leistungsbedingungen hinsichtlich sozialer Aspekten niederzulegen;

(e) jenen MitarbeiterInnen oder BeraterInnen der Unterzeichnerin/des Unterzeichners, die mit Aufgaben des öffentlichen Beschaffungswesens und der Auftragsvergabe befasst sind, muss Bewusstein für die Dimension der Geschlechtergleichstellung in ihrer Arbeit vermittelt werden, auch durch entsprechende Weiterbildung;

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

(f) sicherzustellen, dass in den Bestimmungen eines Hauptvertrags auch Auflagen für Subunternehmer enthalten sind, entsprechenden Verpflichtungen zur Förderung der Gleichstellung nachzukommen.

Rolle als Dienstleistungserbringer

Artikel 13 – Bildungswesen und lebenslanges Lernen

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt das Recht aller Menschen auf Bildung sowie auf Zugang zu Berufs- und Weiterbildung. Die/der Unterzeichner/in anerkennt die bedeutsame Rolle der Bildung in allen Lebensphasen für die Schaffung echter Chancengleichheit durch die Vermittlung grundlegender Qualifikationen für Leben und Beruf sowie durch die Eröffnung neuer Möglichkeiten der beruflichen Entfaltung.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich, im Rahmen des eigenen Kompetenzbereichs den gleichberechtigten Zugang zu Schul-, Berufs- und Weiterbildung für Frauen und Männer, Mädchen und Jungen sicherzustellen und zu fördern.

(3) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt die Notwendigkeit, stereotype Rollenkonzepte von Frauen und Männern in allen Bereichen der Bildung zu beseitigen. Zu diesem Zweck verpflichtet sie/er sich, folgende Maßnahmen durchzuführen bzw. zu fördern:

- Prüfung von Lehrmitteln an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sowie von Lehrmethoden, um sicherzustellen, dass diese stereotypen Haltungen und Praktiken entgegenwirken;

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

- Durchführung spezieller Aktionen zur Förderung nichttraditioneller Entscheidungen in der Berufswahl;

- In Kurse für politische Bildung und NeubürgerInnen ausdrückliche Einbeziehung von Elementen, welche die Bedeutung der gleichen Mitwirkung von Frauen und Männern an demokratischen Prozessen betonen.

(4) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass die Organisation von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ein wichtiges Modell für Kinder und Jugendliche darstellt. Daher verpflichtet sie/er sich, die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern auf allen Ebenen der Schulverwaltung und -leitung zu fördern.

Artikel 14 – Gesundheit

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt das Recht aller Menschen auf ein hohes Niveau körperlicher und geistiger Gesundheit und bekräftigt, dass für den Genuss dieses Rechts der Zugang zu qualitativ hochwertigen Gesundheitsdiensten, medizinischer Behandlung und Präventivgesundheitsdiensten für Frauen und Männer unabdingbar ist.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass die Sicherstellung gleicher Chancen auf einen guten Gesundheitszustand und gute medizinische und Gesundheitsdienste für Frauen und Männer die unterschiedlichen Bedürfnisse beider Geschlechter berücksichtigen muss. Darüber hinaus anerkennt sie/er, dass diese Bedürfnisse sich nicht nur aus biologischen Unterschieden ergeben, sondern auch aus unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen und aus stereotypen Haltungen und Vorurteilen.

(3) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner erklärt, im eigenen Verantwortungsbereich alle angemessenen Maßnahmen ergreifen zu wollen, um das höchst mögliche Gesundheitsniveau der BürgerInnen zu fördern und sicherzustellen. Zu diesem Zweck verpflichtet sie/er sich, folgende Maßnahmen durchzuführen bzw. zu fördern:

- Einbeziehen eines Genderansatzes in die Planung, Finanzierung und Erbringung von Gesundheits- und medizinischen Diensten;

- Sicherstellen, dass gesundheitsfördernde Aktivitäten wie etwa die Anregung gesunder Ernährungsweisen und körperlicher Bewegung auch die unterschiedlichen Bedürfnisse und Einstellungen von Frauen und Männern berücksichtigen;

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

- Sicherstellen, dass Beschäftigte im Gesundheitswesen sowie in der Gesundheitsförderung verstehen, wie das Geschlecht medizinische und Gesundheitsdienste beeinflusst, und die unterschiedlichen Erfahrungen von Frauen und Männern mit Gesundheitsdiensten berücksichtigen;

- Sicherstellen, dass Frauen und Männer Zugang zu sachgemäßen Gesundheitsinformationen erhalten.

Artikel 15 – Sozialhilfe und soziale Dienste

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt das Recht aller Menschen auf die nötigen Sozialdienste sowie auf soziale Unterstützung im Notfall.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass Frauen und Männer unterschiedliche Bedürfnisse haben, die sich aus Unterschieden in ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation sowie anderen Faktoren ergeben können. Um daher sicherzustellen, dass Frauen und Männer den gleichen Zugang zu Sozialhilfe und Sozialdiensten haben, unternimmt die/der Unterzeichner/in alle angemessenen Maßnahmen, um:

- einen Genderansatz in die Planung, Finanzierung und Erbringung von sozialer Unterstützung und Sozialdiensten einzubeziehen;

- sicherzustellen, dass Beschäftigte im Sozialbereich und in den Sozialdiensten verstehen, wie das Geschlecht diese Dienste beeinflusst, und die unterschiedlichen Erfahrungen von Frauen und Männern mit diesen Diensten berücksichtigen.

Artikel 16 – Kinderbetreuung

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt die wesentliche Rolle, die qualitativ hochwertige, erschwingliche und allen Eltern und Erziehungspersonen jeglicher Einkommensgruppe offen stehende Kinderbetreuung für die Förderung echter Gleichstellung von Frauen und Männern spielt, und dass diese ermöglicht, Arbeit, öffentliches und Privatleben zu vereinbaren. Darüber hinaus anerkennt die/der Unterzeichner/in den Beitrag, den eine solche Kinderbetreuung zum wirtschaftlichen und sozialen Leben sowie zum Zusammenhalt lokaler Gemeinschaften wie der Gesellschaft im Ganzen leistet.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich, die Bereitstellung und Förderung einer solchen Kinderbetreuung – entweder selbst oder durch andere

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Leistungserbringer – zu einer Priorität zu machen, und verpflichtet sich des weiteren zur Förderung einer solchen Kinderbetreuung durch andere, wozu auch die Bereitstellung oder Unterstützung von Kinderbetreuung durch lokale Arbeitgeber zählt.

(3) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt darüber hinaus, dass die Kindererziehung eine Arbeitsteilung zwischen Männern, Frauen und der Gesellschaft im Ganzen erforderlich macht, und verpflichtet sich, dem stereotypen Bild entgegenzuwirken, nach dem Kinderbetreuung vor allem als Aufgabe oder Verantwortung von Frauen betrachtet wird.

Artikel 17 – Betreuung anderer Familienmitglieder

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass Frauen und Männer neben Kindern auch für andere Familienmitglieder sorgen müssen, und dass diese Verpflichtung sie daran hindern kann, ihre Rolle im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben voll auszuschöpfen.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt darüber hinaus, dass diese Betreuungspflichten unverhältnismäßig oft von Frauen wahrgenommen werden und daher die Gleichstellung von Frauen und Männern behindern.

(3) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich, dieser Ungleichheit wie folgt entgegenzuwirken:

- die Bereitstellung und Förderung qualitativ hochwertiger, leistbarer Betreuung von Familienmitgliedern – selbst oder durch andere Leistungserbringer – ist zu einer Priorität zu machen;

- Personen, welche infolge ihrer Betreuungstätigkeit in soziale Isolation geraten sind, sind zu unterstützen und müssen bessere Chancen erhalten;

- der stereotypen Vorstellung ist entgegenzuwirken, nach der die Betreuung von Familienmitgliedern vor allem eine Verantwortung der Frauen darstellt.

Artikel 18 – Soziale Zusammenarbeit

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt das Recht aller Menschen auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung sowie auch, dass Frauen im Allgemeinen häufiger von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, da sie geringeren Zugang zu Ressourcen, Waren, Dienstleistungen und Chancen haben als Männer.

(2) Daher verpflichtet sich die/der Unterzeichner/in, im Rahmen der eigenen Dienstleistungs- und

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Tätigkeitsbereiche und in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern Maßnahmen im Rahmen eines allgemein koordinierten Ansatzes zu treffen, um

- den effizienten Zugang aller in sozialer Ausgrenzung oder Armut lebenden bzw. davon bedrohten Personen zu Beschäftigung, Wohnraum, Berufs- und Schulausbildung, Kultur, Informations- und Kommunikationstechnologien, sozialer und medizinischer Hilfe zu fördern;

- die besonderen Bedürfnisse und besondere Situation sozial ausgegrenzter Frauen zu erkennen;

- die Integration von Migranten/-innen unter Berücksichtigung ihrer besonderen Bedürfnisse zu fördern.

Artikel 19 – Wohnraum

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt das Recht auf Wohnraum und bekräftigt, dass Zugang zu qualitativ hochwertigem Wohnraum eines der menschlichen Grundbedürfnisse darstellt und für das Wohlbefinden der Person und ihrer Familie unabdingbar ist.

(2) Darüber hinaus anerkennt die/der Unterzeichner/in, dass Frauen und Männer oft speziellen und unterschiedlichen Wohnbedarf haben, was unter Einbeziehung folgender Faktoren umfassend berücksichtigt werden muss:

(a) Im Durchschnitt verdienen Frauen weniger als Männer und benötigen daher für sie erschwinglichen Wohnraum.

(b) In den meisten Familien mit nur einem Elternteil stehen Frauen dem Haushalt vor und benötigen daher Zugang zu Sozialwohnungen.

(c) Unter den obdachlosen Personen sind Männer aus Risikogruppen oft überrepräsentiert.

(3) Daher verpflichtet sich die/der Unterzeichner/in wie folgt:

(a) allen Menschen Zugang zu Wohnraum von ausreichender Größe und Ausstattung sowie ein zumutbares Lebensumfeld und Zugang zu Grunddienstleistungen zu gewähren bzw. diesen Zugang zu fördern;

(b) Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass Menschen ihre Wohnung verlieren, und insbesondere obdachlose Personen nach den Kriterien des Bedarfs, des potenziellen Risikos und der Nichtdiskriminierung zu unterstützen;

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

(c) im Rahmen des eigenen Kompetenzbereichs zu erschwinglichen Preisen für Wohnraum für Menschen ohne ausreichende finanzielle Mittel beizutragen.

(4) Darüber hinaus verpflichtet sich die/der Unterzeichner/in, das gleiche Recht von Frauen und Männern sicherzustellen bzw. zu fördern, eine Wohnung zu mieten, zu kaufen oder in anderer Form zu erwerben, sowie Befugnisse oder Einfluss einzusetzen, um sicherzustellen, dass Frauen den gleichen Zugang zu Hypotheken und anderen Formen der finanziellen Unterstützung und Kreditaufnahme für Wohnraum haben wie Männer.

Artikel 20 – Kultur, Sport und Freizeit

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt das Recht aller Menschen auf Mitwirkung an kulturellem Leben und Kunstgenuss.

(2) Darüber hinaus anerkennt die/der Unterzeichner/in die Rolle des Sports als Beitrag zum Leben einer Gemeinschaft und zur Sicherstellung des Rechts auf Gesundheit gemäß Artikel 14. Außerdem anerkennt die/der Unterzeichner/in das Recht von Frauen und Männern auf gleichen Zugang zu Kultur-, Freizeit- und Sportaktivitäten und -einrichtungen.

(3) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass Frauen und Männer unterschiedliche Erfahrungen und Interessen im Hinblick auf Kultur, Sport und Freizeit haben und diese das Ergebnis stereotyper Haltungen und Handlungen sein können, und verpflichtet sich daher, Maßnahmen durchzuführen bzw. zu fördern, zu denen je nach Erfordernis die folgenden zählen:

- sicherzustellen, dass Frauen und Männer, Jungen und Mädchen so weit wie möglich die gleichen Möglichkeiten und den gleichen Zugang zu Sport-, Freizeit- und Kultureinrichtungen und -aktivitäten haben;

- Frauen und Männer, Jungen und Mädchen zu ermutigen, gleichermaßen an Sport- und Kulturaktivitäten teilzunehmen, und zwar auch an jenen, die traditionell als vor allem „männlich" bzw. „weiblich" betrachtet werden;

- KünstlerInnen sowie Kultur- und Sportvereine anzuregen, kulturelle und sportliche Aktivitäten zu fördern, die stereotypen Bildern von Frauen und Männern entgegenwirken;

- öffentliche Bibliotheken anzuregen, Geschlechterstereotype in ihren Beständen an Büchern

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

und sonstigen Materialien sowie in ihren Werbeaktivitäten in Frage zu stellen.

Artikel 21 – Sicherheit

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt das Recht aller Menschen auf persönliche Sicherheit und freie Bewegung und erklärt, dass dieses Recht nicht frei oder gleich ausgeübt werden kann, wenn Frauen oder Männer im öffentlichen oder privaten Raum nicht sicher sind oder sich nicht sicher fühlen.

(2) Darüber hinaus anerkennt die/der Unterzeichner/in, dass sich Frauen und Männer – teilweise aufgrund unterschiedlicher Verpflichtungen oder Lebensweisen – oft unterschiedlichen Sicherheitsproblemen gegenübersehen, die angepasst werden müssen.

(3) Daher verpflichtet sich die/der Unterzeichner/in,

(a) die Statistiken über Ausmaß und Ereignismuster von Vorfällen (einschließlich schwerer Verbrechen gegen Personen), welche die Sicherheit von Frauen und Männern beeinträchtigen, aus einer Geschlechterperspektive heraus zu analysieren und, falls sinnvoll, Ausmaß und Art der Angst vor Verbrechen oder sonstiger Quellen von Unsicherheit zu messen;

(b) Strategien, Politiken und Aktionen einschließlich besonderer Verbesserungen des Zustands oder der Gestaltung der lokalen Umwelt (z.B. Umsteigeplätze von öffentlichen Verkehrsmitteln, Parkhäuser, Straßenbeleuchtung) bzw. von Polizei- und verwandten Diensten zu entwickeln und umzusetzen, die praktische Sicherheit von Frauen und Männern zu erhöhen und die Wahrnehmung unzureichender Sicherheit bei Frauen und Männern möglichst zu senken.

Artikel 22 – Geschlechterspezifische Gewalt

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass geschlechterspezifische Gewalt, der vor allem Frauen zum Opfer fallen, eine Verletzung grundlegender Menschenrechte darstellt und gegen die Würde und körperliche und emotionale Integrität von Menschen verstößt.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass sich geschlechterspezifische Gewalt auf der Täterseite aus der Vorstellung von der Überlegenheit eines Geschlechts über das andere im Rahmen eines ungleichen Machtverhältnisses ergibt.

(3) Daher verpflichtet sich die/der Unterzeichner/in, Politiken und Aktionen gegen geschlechterspezifische

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Gewalt ins Leben zu rufen und zu intensivieren, zu denen auch die folgenden zählen:

- Bereitstellung oder Unterstützung von spezifischen Hilfsstrukturen für Opfer;
- Bereitstellung öffentlicher Informationen über im Gebiet vorhandene Hilfseinrichtungen in allen vor Ort hauptsächlich gesprochenen Sprachen;
- Sicherstellen, dass professionelle MitarbeiterInnen für das Erkennen und die Unterstützung von Opfern ausgebildet sind;
- Sicherstellen, dass die entsprechenden Dienste, d.h. Polizei, Gesundheits- und Wohnungsbehörden, effizient koordiniert sind;
- Förderung von Bewusstseinsbildungskampagnen und Informationsprogrammen für potenzielle und tatsächliche Opfer und Täter.

Artikel 23 – Menschenhandel

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass das Verbrechen des Menschenhandels, dem vor allem Frauen und Mädchen zum Opfer fallen, eine Verletzung grundlegender Menschenrechte darstellt und gegen die Würde und körperliche und emotionale Integrität von Menschen verstößt.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich, Politiken und Aktionen zur Verhinderung des Menschenhandels einzurichten und zu verstärken, zu denen auch die folgenden zählen:

- Informations- und Bewussteinsbildungskampagnen;
- Ausbildungsprogramme für professionelle MitarbeiterInnen, deren Aufgabe das Erkennen und die Unterstützung von Opfern ist;
- Maßnahmen zur Bekämpfung der Nachfrage;
- sachgerechte Maßnahmen zur Unterstützung von Opfern einschließlich des Zugangs zu medizinischer Behandlung, angemessenem und sicherem Wohnraum und Übersetzungsdiensten.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Planung und nachhaltige Entwicklung

Artikel 24 - Nachhaltige Entwicklung

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass die Grundsätze nachhaltiger Entwicklung bei der Planung und Entwicklung von Zukunftsstrategien für das eigene Gemeindegebiet umfassend beachtet werden müssen, wozu auch die ausgewogene Integration der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Umweltdimension und insbesondere die Notwendigkeit zählt, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern und anzustreben.

(2) Daher verpflichtet sich die/der Unterzeichner/in, den Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern als grundlegende Dimension in allen Planungen oder Strategieentwicklungen für die nachhaltige Entwicklung des eigenen Gemeindegebiets zu berücksichtigen.

Artikel 25 – Stadt- und Lokalplanung

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt die Bedeutung der Raumplanungs-, Verkehrs-, Wirtschaftsentwicklungs- und Bodennutzungspläne und -politiken für die Schaffung eines Rahmens, innerhalb dessen das Recht auf die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene umfassender umgesetzt werden kann.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich sicherzustellen, dass bei der Erstellung, Annahme und Umsetzung dieser Politiken und Pläne

- die Notwendigkeit der Förderung echter Gleichstellung in allen Bereichen der lokalen Ebene umfassend berücksichtigt wird;

- die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Männern z.B. im Hinblick auf Beschäftigung, Zugang zu Dienstleistungen und Kultur, Bildung und familiäre Pflichten auf Grundlage relevanter lokaler und sonstiger Daten einschließlich der Bewertung geschlechterspezifischer Auswirkungen des Unterzeichners angemessen berücksichtigt werden;

- qualitativ hochwertige Gestaltungslösungen angenommen werden, welche die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Männern berücksichtigen.

Artikel 26 – Mobilität und Verkehr

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass Mobilität und Zugang zu Verkehrsmitteln grundlegende Bedingungen für Frauen und Männer darstellen, um viele ihrer Rechte, Aufgaben und

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Aktivitäten wahrnehmen zu können, wozu auch der Zugang zu Arbeit, Bildung, Kultur und wichtigen Dienstleistungen zählt. Außerdem anerkennt die/der Unterzeichner/in, dass die Nachhaltigkeit und der Erfolg einer Gemeinde oder Region in wesentlichem Ausmaß von der Entwicklung einer effizienten, qualitativ hochwertigen Verkehrsinfrastruktur und öffentlicher Verkehrsdienste abhängt.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt darüber hinaus, dass Frauen und Männer in der Praxis oft unterschiedliche Bedürfnisse und Nutzungsarten von Mobilität und Verkehrsmitteln aufweisen, was sich aus Faktoren wie Einkommen, Betreuungsaufgaben oder Arbeitszeiten ergibt, und dass Frauen öffentliche Verkehrsmittel tendenziell intensiver nutzen als Männer.

(3) Daher verpflichtet sich die/der Unterzeichner/in,

(a) die entsprechenden Mobilitätsbedürfnisse und Nutzungsarten von Frauen und Männern aus städtischen wie ländlichen Kommunen zu berücksichtigen;

(b) sicherzustellen, dass die den BürgerInnen im Hoheitsgebiet des Unterzeichners zur Verfügung stehenden Verkehrsdienst dazu beitragen, besondere wie gemeinsame Bedürfnisse von Frauen und Männern abzudecken und echte Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene zu erreichen.

(4) Darüber hinaus verpflichtet sich die/der Unterzeichner/in, die fortschreitende Verbesserung der öffentlichen Verkehrsdienste in bzw. für das Gemeindegebiet einschließlich intermodaler Verbindungen zu fördern, um so den besonderen wie gemeinsamen Bedürfnisse von Frauen und Männern im Hinblick auf zuverlässige, erschwingliche, sichere und zugängliche Verkehrsdienste Rechnung zu tragen und zu nachhaltiger Entwicklung beizutragen.

Artikel 27 – Wirtschaftliche Entwicklung

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass eine ausgewogene und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ein wesentliches Merkmal jeder erfolgreichen Gemeinde oder Region darstellt und die eigenen Aktivitäten und Dienstleistungen auf diesem Gebiet beträchtlich zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern beitragen können.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt die Notwendigkeit, die Beschäftigungsquote und -qualität von Frauen zu erhöhen, sowie auch,

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

dass das Armutsrisiko im Zusammenhang mit Langzeitarbeitslosigkeit und unbezahlter Arbeit für Frauen besonders hoch ist.

(3) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich, hinsichtlich der Aktivitäten und Dienstleistungen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung die Bedürfnisse und Interessen von Frauen und Männern sowie die Chancen zur Förderung der Gleichstellung umfassend zu berücksichtigen und entsprechende Handlungen zu setzen, z.B.:

- Unterstützung von Unternehmerinnen;
- Sicherstellen, dass finanzielle und sonstige Formen der Unternehmensförderung auch die Gleichstellung der Geschlechter unterstützen;
- Ermutigung weiblicher Auszubildender, Qualifikationen in Berufen anzustreben und zu erreichen, die traditionell als „männlich" gelten und umgekehrt;
- Ermutigung von ArbeitgeberInnen, weibliche Lehrlinge und Auszubildende mit Fähigkeiten, Qualifikationen und Profilen einzustellen, die traditionell als „männlich" gelten und umgekehrt.

Artikel 28 – Umwelt

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt ihre/seine Verpflichtung, auf ein hohes Maß an Schutz und Verbesserung der Umweltqualität im eigenen Gemeindegebiet hinzuarbeiten, wozu auch lokale Politiken in den Bereichen Abfall, Lärm, Luftqualität, Biodiversität und Auswirkungen der Klimaänderung zählen. Er/Sie anerkennt das gleiche Recht von Frauen und Männern, Nutzen aus den umweltrelevanten Dienstleistungen und Politiken zu ziehen.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt, dass die Lebensweisen von Frauen und Männern in vieler Hinsicht unterschiedlich sind, und dass Frauen und Männer lokale Dienstleistungen und öffentliche oder offene Räume oft unterschiedlich nutzen bzw. sich unterschiedlichen Umweltproblemen gegenübersehen.

(3) Daher verpflichtet sich die/der Unterzeichner/in, bei der Entwicklung der eigenen Umweltpolitiken und -dienstleistungen die besonderen Bedürfnisse und Lebensweisen von Frauen und Männern sowie den Grundsatz der Solidarität zwischen den Generationen gleichermaßen zu berücksichtigen.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Rolle als Regulierungsbehörde

Artikel 29 – Die Lokalregierung als Regulierungsbehörde

(1) Bei der Durchführung der Aufgaben und Wahrnehmung der Kompetenzen als Regulierungsbehörde für entsprechende Aktivitäten im eigenen Gemeindegebiet anerkennt die/der Unterzeichner/in die wichtige Rolle, die effiziente Regulierungsfunktionen und Konsumentenschutz für Sicherheit und Wohlergehen der lokalen Bevölkerung spielen, und ist sich bewusst, dass Frauen und Männer von verschiedenen Regulierungsaktivitäten unter Umständen unterschiedlich betroffen sind.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich, bei der Durchführung der Regulierungsaufgaben die besonderen Bedürfnisse, Interessen und Lebensbedingungen von Frauen und Männern zu berücksichtigen.

Städtepartnerschaften und internationale Kooperationen

Artikel 30

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner anerkennt den Nutzen von Städtepartnerschaften und europäischen wie internationalen Kooperationen zwischen Lokal- und Regionalregierungen zur Knüpfung engerer Kontakte zwischen der Bevölkerung und Förderung gegenseitigen Lernens und Verständnisses über Landesgrenzen hinweg.

(2) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich, in allen Aktivitäten auf dem Gebiet der Städtepartnerschaften und europäischen wie internationalen Kooperationen

- Frauen und Männer mit unterschiedlichem Hintergrund in gleichem Maße zu fördern;
- die Kontakte im Rahmen von Städtepartnerschaften, europäischen und internationalen Partnerschaften als Plattform für den Austausch von Erfahrungen und gegenseitige Lernprozesse betreffend Fragen der Gleichstellung von Frauen und Männern zu nützen;
- die Dimension der Gleichstellung der Geschlechter in dezentralisierte Kooperationsaktivitäten einzubringen.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist der grösste Verband lokaler und regionaler Gebietskörperschaften in Europa.
Mitglieder sind die nationalen Verbände der Städte und Regionen in mehr als dreissig europäischen Ländern.
Der Leitgedanke des RGRE liegt in der Förderung eines einigen und starken Europa, gestützt auf kommunale und regionale Selbstverwaltung und Demokratie, ein Europa in dem die Entscheidungen so weit wie möglich in Bürgernähe und unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips getroffen werden.
Die Aktivitäten des RGRE umfassen einen weitgespannten Tätigkeitsbereich mit Themen wie öffentliche Dienstleistungen, Verkehr, Regionalpolitik, Umwelt, Gleichstellung von Männern und Frauen und weitere mehr.
Der RGRE tritt auch auf internationaler Bühne auf. Er bildet die europäische Sektion der Weltorganisation Vereinigte Städte und Lokale Gebietskörperschaften (UCLG / CGLU).

CCRE
CEMR

EUROPÄISCHE CHARTA
FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON MÄNNERN UND FRAUEN AUF LOKALER EBENE

Eine Charta für die Kommunen und Regionen Europas, mit der sie sich verpflichten, ihren Einfluss und ihre Verbindungen dafür einzusetzen, dass mehr Gleichberechtigung für ihre Bürgerinnen und Bürger hergestellt wird

Ich, der / die Unterzeichnende ..... [Name]

Inhaber/in folgenden Amtes .....

in .....[Name der lokalen / regionalen Gebietskörperschaft]

bestätige mit meiner Unterschrift, dass sich die obengenannte Gebietskörperschaft formell verpflichtet hat, die Europäische Charta für die Gleichstellung von Männern und Frauen auf lokaler Ebene umzusetzen und die in ihr enthaltenen Bestimmungen zu befolgen. Ich bestätige, dass Ich bevollmächtigt bin im Namen der genannten Gebietskörperschaft zu handeln.

Unterschrift .....

Datum .....

Ich verpflichte mich, eine unterzeichnete und vollständige Kopie dieses Formulars an den Rat der Gemeinden und Regionen Europas als Förderer dieser Charta an folgende Adresse zu schicken:

CCRE
CEMR

Generalsekretär
Rat der Gemeinden und Regionen Europas
15 rue de Richelieu
F - 75001 Paris - France

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00E45352 - Eros Magnago, 00E60FE2

Brussels
1, Square De Meeûs
1000 Brussels
tel. : + 32 2 511 74 77
fax : + 32 2 511 09 49

Paris
15, rue de Richelieu
75001 Paris
tel. : + 33 1 44 50 59 59
fax : + 33 1 44 50 59 60

e-mail : cemr@ccre.org
www.ccre.org

CEMR thanks the European Commission for its financial support.

The Commission is not responsible for any use
that may be made of the information contained therein

Printed on 100% recycled paper - Design: studiogoffin.be

CCRE
CEMR

LA CARTA EUROPEA PER L'UGUAGLIANZA E LA PARITA'
delle donne e degli uomini nella vita locale

Conseil des Communes et Régions d'Europe

Council of European Municipalities and Regions

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Presentata agli Stati Generali del CCRE

Innsbruck Maggio 2006

Scritta dal CCRE nel quadro del V Programma di azione comunitaria

per l'uguaglianza delle donne e degli uomini.

Contatto : Sandra Ceciarini

sandra.ceciarini@ccre.org

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

LA CARTA EUROPEA PER L'UGUAGLIANZA E LA PARITA' DELLE DONNE E DEGLI UOMINI NELLA VITA LOCALE

Una Carta che invita gli enti territoriali a utilizzare i loro poteri e i loro partenariati a favore di una maggiore uguaglianza delle donne e degli uomini

Elaborata e promossa dal

Consiglio dei Comuni e delle Regioni d'Europa e dai suoi partners

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

[INTRODUZIONE]

La Carta europea per la parità fra donne e uomini nella vita locale é destinata agli enti locali e regionali d'Europa che sono invitati a firmarla, a prendere pubblicamente posizione sul principio della parità fra donne e uomini e ad attuare, sul proprio territorio, gli impegni definiti nella Carta.

Per assicurare la messa in atto degli impegni, ogni firmatario deve redigere un Piano d'azione per la parità che fissi le priorità, le azioni e le risorse necessarie alla sua realizzazione.

Inoltre, ogni autorità firmataria s'impegna a collaborare con tutte le Istituzioni e Organizzazioni del territorio per promuovere concretamente l'instaurarsi di una vera uguaglianza.

La Carta è stata redatta nell'ambito del progetto (2005-2006) realizzato dal Consiglio dei Comuni e delle Regioni d'Europa in collaborazione con i numerosi partners la cui lista figura di seguito. Il progetto è stato sostenuto dalla Commissione europea nell'ambito del 5° Programma d'azione comunitario per la parità tra donne e uomini.

• • •

L'uguaglianza delle donne e degli uomini é un diritto fondamentale per tutte e per tutti e, rappresenta un valore determinante per la democrazia. Per essere compiuto pienamente, il diritto non deve essere solo riconosciuto per legge, ma deve essere effettivamente esercitato e riguardare tutti gli aspetti della vita: politico, economico, sociale e culturale.

Malgrado i numerosi esempi di un riconoscimento formale e dei progressi compiuti, la parità fra donne e uomini nella vita quotidiana non è ancora una realtà. Nella pratica donne e uomini non godono degli stessi diritti. Persistono disparità politiche, economiche e culturali, – per esempio le disparità salariali e la bassa rappresentanza in politica.

Queste disparità sono prassi consolidate che derivano da numerosi stereotipi presenti nella famiglia, nell'educazione, nella cultura, nei mezzi di comunicazione, nel mondo del lavoro, nell'organizzazione della società… Tutti ambiti nei quali è possibile agire adottando un approccio nuovo e operando cambiamenti strutturali.

Gli enti locali e regionali, che sono gli ambiti di governo più vicini ai cittadini, rappresentano i livelli d'intervento più idonei per combattere il persistere e il riprodursi delle disparità e per promuovere una società veramente equa. Essi possono, nelle loro sfere di competenza ed in cooperazione con l'insieme degli attori locali, intraprendere azioni concrete a favore della parità.

Inoltre, il principio di sussidiarietà, che si applica a tutti i livelli di governo – europeo, nazionale, regionale e locale – ha un ruolo particolarmente importante per quanto riguarda l'attuazione del diritto alla parità. Gli enti locali

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

e regionali d'Europa, pur esercitando responsabilità di diversa portata, possono e devono avere un ruolo positivo nella promozione della parità con azioni che producano un impatto sulla vita quotidiana dei cittadini.

I principi dell'autonomia locale e regionale sono strettamente legati al principio di sussidiarietà. La Carta dell'autonomia locale del Consiglio d'Europa del 1985, firmata e ratificata da una grande maggioranza di Stati europei, sottolinea «*il diritto e la capacità effettiva per gli enti locali di regolamentare e gestire, nell'ambito della legge, sotto la propria responsabilità e a vantaggio del loro popolo, una parte importante degli affari pubblici*».
L'attuazione e la promozione del diritto alla parità deve essere al centro del concetto dell'autonomia locale.

La democrazia locale e regionale deve permettere che siano effettuate le scelte più appropriate per quanto riguarda gli aspetti più concreti della vita quotidiana quali la casa, la sicurezza, i trasporti pubblici, il mondo del lavoro o la sanità.

Inoltre, il pieno coinvolgimento delle donne nello sviluppo e nell'attuazione di politiche locali e regionali permette di prendere in considerazione la loro esperienza vissuta, il loro modo di fare e la loro creatività.

Per giungere all'instaurarsi di una società fondata sulla parità, è fondamentale che gli enti locali e regionali integrino completamente la dimensione di genere nelle proprie politiche, nella propria organizzazione e nelle relative procedure. Nel mondo di oggi e di domani, una effettiva parità tra donne e uomini rappresenta inoltre la chiave del successo economico e sociale - non soltanto a livello europeo o nazionale ma anche nelle nostre Regioni, nelle nostre Città e nei nostri Comuni.

• • •

Il Consiglio dei Comuni e delle Regioni d'Europa e la sua Commissione delle elette locali e regionali opera, da molti anni, attivamente per la promozione della parità tra donne e uomini a livello locale e regionale. Nel 2005, il CCRE ha creato uno strumento destinato ad essere utilizzato concretamente dalle autorità locali e regionali europee: «la città per l'uguaglianza». Identificando le buone procedure di un certo numero di Città e di Comuni europei, «La città per l'uguaglianza» propone una metodologia per l'attuazione di politiche di parità a livello locale e regionale. La Carta è la razionalizzazione di tale strumento.

Il ruolo degli enti locali e regionali per la promozione della parità dei sessi è stato affermato nella Dichiarazione mondiale della IULA (Unione Internazionale delle città e dei poteri locali) intitolata «Le donne nel governo locale» e adottata nel 1998. La nuova organizzazione mondiale, Città e Governi Locali Uniti, ha ugualmente fatto della parità uno dei suoi principali obiettivi.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

[PREAMBOLO]

Il Consiglio dei Comuni e delle Regioni d'Europa, che rappresenta gli enti locali e regionali, in cooperazione con i seguenti partners:

Associazione Nazionale delle Municipalità della Repubblica bulgara (NAMRB)

Unione delle Municipalità cipriote (UCM)

Unione delle Città e dei Comuni della Repubblica Ceca (SMO CR)

Associazione dei Poteri Locali e Regionali finlandesi (AFLRA)

Associazione francese del CCRE (AFCCRE)

Sezione tedesca del CCRE (RGRE)

Unione Centrale delle Città e dei Comuni della Grecia (KEDKE)

Associazione Nazionale ungherese dei Poteri Locali (TÖOSZ)

Associazione italiana del CCRE (AICCRE)

Federazione Toscana dell'AICCRE

Sindacato delle Città e Comuni lussemburghesi (SYVICOL)

Associazione delle Città polacche (ZMP)

Federazione spagnola delle Municipalità e Province (FEMP)

Associazione basca delle Municipalità (EUDEL)

Città di Vienna (Austria)
Città di Saint Jean de la Ruelle (Francia)
Città di Francoforte sul Meno (Germania)
Città di Carthagène (Spagna)
Città di Valencia (Spagna)

Casa del tempo e della mobilità Belfort-Montbéliard (Francia)

Comitato permanente per il Partenariato Euro-mediterraneo dei Poteri Locali e Regionali (COPPEM)

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Ricordando che la Comunità europea e l'Unione sono fondate sul rispetto delle libertà e dei diritti fondamentali – ivi compresa la promozione della parità tra donne e uomini – e che la legislazione europea ha rappresentato la base dei progressi compiuti in quest'ambito in Europa;

Ricordando il quadro giuridico internazionale dei diritti umani delle Nazioni Unite ed in particolare la Dichiarazione Universale dei Diritti dell'Uomo e la Convenzione sull'Eliminazione di ogni forma di Discriminazione contro le Donne, adottata nel 1979;

Sottolineando il contributo fondamentale del Consiglio d'Europa per la promozione della parità tra donne e uomini e per l'autonomia locale;

Considerando che la parità tra donne e uomini implica la volontà di agire sui tre aspetti complementari della sua realizzazione e cioè sull'eliminazione delle disparità dirette, l'estirpazione delle disparità indirette e l'elaborazione di un ambiente politico, giuridico e sociale favorevole allo sviluppo di una democrazia paritaria;

Condannando il divario persistente fra il riconoscimento de jure del diritto alla parità e la sua applicazione reale ed effettiva;

Considerando che in Europa gli enti locali e regionali hanno e devono avere un ruolo cruciale per gli abitanti ed i cittadini nell'attuazione del diritto alla parità, in particolare quello fra donne e uomini, in tutti gli ambiti che sono di loro competenza;

Considerando che la partecipazione e la rappresentanza equilibrata delle donne e degli uomini nelle prese di decisione e nei posti di direzione è fondamentale per la democrazia;

Ispirandoci per la nostra azione alla Convenzione sull'Eliminazione di ogni forma di discriminazione contro le donne del 1979, alla Dichiarazione di Pechino e alla Piattaforma per l'azione delle Nazioni Unite del 1995, alle Risoluzioni della 23° Sessione Speciale dell'Assemblea generale del 2000 (Pechino + 5), alla Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea, alla Raccomandazione del Consiglio di dicembre 1996 riguardante la partecipazione equilibrata di donne e uomini nelle prese di decisione, e alla Dichiarazione mondiale dell'Unione internazionale delle città e dei poteri locali del 1998 sulle donne nel governo locale;

Desiderando evidenziare il 25° anniversario dell'entrata in vigore – settembre 1981 – della Convenzione sull'eliminazione di tutte le discriminazioni contro le donne delle Nazioni Unite;

ha redatto questa Carta europea per la parità tra donne e uomini nella vita locale e invita gli enti locali e regionali d'Europa a firmarla e a metterla in pratica.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

PRIMA PARTE

Principi

Noi, firmatari della Carta per la parità fra donne e uomini nella vita locale, riconosciamo come base delle nostre azioni i seguenti principi fondamentali:

1. La parità delle donne e degli uomini rappresenta un diritto fondamentale

Questo diritto deve essere attuato dagli esecutivi locali e regionali in tutti gli ambiti dove essi esercitano le proprie responsabilità, ciò include l'obbligo di eliminare ogni forma di discriminazione, sia diretta che indiretta.

2. Per assicurare la parità tra donne e uomini, occorre tenere conto delle discriminazioni multiple e degli ostacoli

Per affrontare la parità tra donne e uomini devono essere prese in considerazione le discriminazioni multiple e i pregiudizi, oltre a quelli in base al sesso, fondati sulla razza, il colore, le origini etniche e sociali, le caratteristiche genetiche, la lingua, la religione o altre convinzioni, le opinioni politiche e ogni altro genere di opinioni, l'appartenenza ad una minoranza nazionale, il patrimonio, la nascita, l'handicap, l'età, l'orientamento sessuale o lo stato economico e sociale.

3. La partecipazione equilibrata delle donne e degli uomini alle decisioni è una "condicio sine qua non" della società democratica

Il diritto alla parità tra donne e uomini richiede alle autorità locali e regionali di prendere tutte le misure e adottare tutte le strategie appropriate per promuovere una rappresentanza e una partecipazione equilibrata delle donne e degli uomini in tutti gli ambiti delle decisioni.

4. L'eliminazione degli stereotipi sessuali è indispensabile per l'avvio della parità tra donne e uomini

Le autorità locali e regionali devono eliminare gli stereotipi e gli ostacoli sui quali si basano le disparità di status e di condizione delle donne, e che conducono alla valutazione impari dei ruoli delle donne e degli uomini in campo politico, economico, sociale e culturale.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

5. Per far progredire la parità tra donne e uomini, è indispensabile integrare la dimensione di genere in tutte le attività degli enti locali e regionali

La dimensione di genere deve essere presa in considerazione nell'elaborazione delle politiche, dei metodi e degli strumenti che riguardano la vita quotidiana della popolazione locale – per esempio attraverso tecniche d'integrazione di genere in tutte le politiche (mainstreaming)[1] e l'assunzione del parametro di genere nell'elaborazione e nell'analisi dei bilanci (gender budgeting)[2]. A tal fine, deve essere analizzata e presa in considerazione l'esperienza di vita delle donne in ambito locale, comprese le loro condizioni di esistenza e di lavoro.

6. Piani d'azione e programmi adeguatamente finanziati come strumenti necessari per far progredire la parità fra donne e uomini

Gli esecutivi locali e regionali devono elaborare piani d'azione e programmi dotati di risorse, sia finanziarie che umane, necessari alla loro messa in pratica.

Questi principi sono le fondamenta sulle quali vertono gli Articoli nella Terza Parte della Carta.

1 **Gender Mainstreaming**: Nel mese di luglio 1997, il Consiglio Economico e Sociale delle Nazioni Unite (ECOSOC) definiva il concetto dell'integrazione di genere come segue: «L'integrazione delle questioni di genere consiste nel valutare le implicazioni delle donne e degli uomini in ogni azione pianificata che comprende la legislazione, le procedure o i programmi in tutti gli ambiti e a tutti i livelli. Questa strategia permette d'integrare i pregiudizi e le esperienze delle donne e degli uomini al concetto, all'attuazione, al controllo e alla valutazione delle procedure e dei programmi in tutti gli ambiti politici, economici e societari affinché ne possano beneficiare in maniera paritaria e affinché la disparità attuale non sia perpetrata»

2 **Gender budgeting**: L'integrazione di una prospettiva di genere nel processo finanziario è un'applicazione dell'approccio integrato della parità fra le donne e gli uomini nel processo finanziario. Ciò implica la valutazione in una prospettiva di genere dei bilanci esistenti a tutti i livelli del processo finanziario nonché una risistemazione delle entrate e delle spese per promuovere la parità fra le donne e gli uomini.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

SECONDA PARTE

La messa in pratica della carta e dei suoi impegni

Il firmatario si impegna a prendere le seguenti misure specifiche per mettere in pratica le disposizioni della Carta:

1. In un lasso di tempo ragionevole (che non può superare i due anni) a seguire dalla data della firma, il firmatario della Carta si impegna ad elaborare ed adottare il proprio Piano d'azione per la parità e, in seguito, ad attuarlo.

2. Il Piano d'azione per la parità presenterà gli obiettivi e le priorità del firmatario, le misure che intende adottare e le risorse destinate a rendere effettiva la Carta e i rispettivi impegni. Il Piano presenterà anche il calendario proposto per la sua messa in pratica. Se il firmatario dispone già di un Piano d'azione per la parità, dovrà rivederlo per assicurarsi che siano contemplati tutti gli argomenti contenuti nella Carta.

3. Ciascun firmatario farà ampie consultazioni prima di adottare il Piano d'azione per la parità e lo diffonderà ampiamente dopo la sua adozione. Dovrà anche, con regolarità, rendere conto pubblicamente dei progressi realizzati nell'attuazione del Piano.

4. Ciascun firmatario correggerà, se le circostanze lo esigono, il proprio Piano d'azione per la parità, e produrrà un piano supplementare per ogni periodo successivo.

5. Ciascun firmatario s'impegna, per principio, a partecipare al sistema di valutazione che sarà stabilito per seguire i progressi nell'applicazione della Carta, e a favorire gli scambi tra gli esecutivi locali e regionali europei delle rispettive esperienze sui mezzi più efficaci per realizzare progressivamente la parità tra donne e uomini. A tale scopo dovranno essere accessibili i differenti Piani d'azione per la parità e altri documenti pubblici pertinenti.

6. Ciascun firmatario informerà per iscritto il Consiglio dei Comuni e delle Regioni d'Europa dell'adozione della Carta, della data di ratifica e della persona incaricata ad assicurare la collaborazione futura relativa alla Carta.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

TERZA PARTE

Responsabilita' democratica

Articolo 1

1. Il firmatario riconosce che il diritto alla parità è un preliminare fondamentale della democrazia, e che la società democratica non può permettersi di ignorare le capacità, le conoscenze, l'esperienza e la creatività delle donne. A tale scopo deve assicurare, sulla base della parità, l'inserimento, la rappresentanza e la partecipazione delle donne di estrazione culturale e di generazioni differenti in ogni ambito delle decisioni politiche e pubbliche.
2. Il firmatario, nella sua qualità di responsabile, democraticamente eletto, del territorio e del benessere della popolazione s'impegna quindi a promuovere e a favorire l'applicazione concreta del diritto sopra citato in tutti gli ambiti della sua attività - proprio in quanto rappresentante democratico della comunità locale, gestore diretto o indiretto di servizi, pianificatore e controllore nonché datore di lavoro -.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Il ruolo politico

Articolo 2 - Rappresentanza politica

1. Il firmatario riconosce parità di diritto per le donne e per gli uomini a votare, a essere candidate/i, ad essere elette/i.

2. Il firmatario riconosce la parità di diritto delle donne e degli uomini a partecipare alla formulazione e all'attuazione delle politiche, ad esercitare mandati pubblici e ad avere cariche a tutti i livelli dell'esecutivo.

3. Il firmatario riconosce il principio della rappresentanza equilibrata di donne e uomini in tutte le istituzioni elette che assumano decisioni pubbliche.

4. Il firmatario s'impegna a prendere tutte le misure appropriate per difendere e sostenere i diritti e i principi di cui sopra, inclusi:

   - Incoraggiare le donne ad iscriversi nelle liste elettorali, a esercitare il loro diritto di suffragio individuale e a candidarsi a mandati e funzioni elettive

   - Incoraggiare i partiti e i gruppi politici ad adottare e mettere in pratica il principio della rappresentanza equilibrata delle donne e degli uomini

   - A tal fine, incoraggiare i partiti e i gruppi politici a prendere tutte le misure legali, compresa l'adozione di quote se ritenute necessarie, per aumentare il numero delle donne candidate e poi elette.

   - Fissare le regole delle procedure e i codici di condotta affinché le candidate e le elette non siano scoraggiate da forme stereotipate di comportamento e di linguaggio, o da qualsiasi forma di molestia.

   - Adottare le misure per consentire alle/agli elette/i di conciliare la vita privata, la vita professionale e la vita pubblica, per esempio assicurandosi che orari e metodi di lavoro nonché la custodia dei bambini e delle persone a carico permettano a tutte/i le/gli elette/i una partecipazione attiva alle loro funzioni.

5. Il firmatario s'impegna a promuovere e a mettere in pratica il principio della rappresentanza equilibrata nei propri organismi decisionali o consultivi e nelle nomine da operare in qualsiasi organo esterno.

Qualora l'autorità non avesse, fino a quel momento, raggiunto una rappresentanza equilibrata di donne e uomini, s'impegnerà ad attuare il principio di cui sopra in modo che le condizioni non siano meno favorevoli al sesso minoritario che nella situazione vigente.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

6. Il firmatario s'impegna inoltre ad assicurarsi che nessun posto pubblico o politico dove si debba nominare o eleggere un rappresentante non sia, per principio o nella pratica, riservato a, o considerato come riservato, in quanto normalmente attribuito ad un sesso a causa di attitudini stereotipate.

Articolo 3 - Partecipazione alla vita politica e civica

1. Il firmatario riconosce che il diritto dei/delle cittadini/e a partecipare alla conduzione degli affari pubblici è un principio democratico fondamentale e che le donne e gli uomini hanno il diritto di partecipare in modo paritario al governo e alla vita pubblica della propria Regione e del proprio Comune.

2. Per quanto riguarda le diverse forme di partecipazione pubblica ai propri affari, per esempio tramite comitati consultivi, consigli di quartiere, di e-participation o di pianificazione partecipata, il firmatario s'impegna a fare in modo che donne e uomini abbiano la possibilità di parteciparvi, in pratica, in modo paritario. Laddove gli strumenti che permettono questa partecipazione non attuino la parità, egli si incarica di sviluppare e di provare nuovi metodi per raggiungere tale fine.

3. Il firmatario intraprende la promozione della partecipazione attiva alla vita politica e civica di donne e uomini appartenenti a qualsiasi gruppo della comunità, in particolare donne e uomini facenti parte di gruppi minoritari che, altrimenti, ne potrebbero essere esclusi.

Articolo 4 - L'impegno pubblico per la parità

1. Il firmatario dovrà, nella sua qualità di rappresentante democratico del comune o del territorio di appartenenza, impegnarsi pubblicamente e formalmente ad applicare il principio della parità fra donne e uomini nella vita pubblica, inclusi:

   - L'annuncio della firma della Carta da parte del firmatario dopo un ampio dibattito e la ratifica di quest'ultima da parte dell'istituzione rappresentativa di livello più alto;

   - L'impegno a mettere in pratica gli obblighi contenuti nella Carta e a rendere conto pubblicamente e regolarmente dei progressi fatti nel corso dell'attuazione del Piano d'azione per la parità;

   - La promessa che il firmatario e i rappresentanti eletti dell'ente in questione adotteranno e si conformeranno ad una buona condotta in materia di parità dei sessi;

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

2. Il firmatario utilizzerà il proprio mandato democratico per indurre le altre istituzioni pubbliche e politiche, nonché le organizzazioni private e quelle della società civile, a prendere misure che mettano in pratica il diritto alla parità tra donne e uomini.

Articolo 5 - Lavorare con i partners per promuovere la parità

1. Il firmatario si incarica di collaborare con tutti i partners del settore pubblico e privato nonché con i partner della società civile per promuovere una maggiore parità in tutti gli aspetti della vita sul proprio territorio. A tal fine cercherà in particolare di cooperare con i partner sociali.

2. Il firmatario consulterà le istituzioni e le organizzazioni partner, compresi quelli sociali, per la puntualizzazione e la revisione del Piano per la parità e di altri aspetti importanti relativi alla parità.

Articolo 6 - Neutralizzare gli stereotipi

1. Il firmatario s'impegna a neutralizzare e a prevenire, per quanto possibile, pregiudizi, azioni, utilizzo di espressioni verbali e di immagini basate sull'idea della superiorità o dell'inferiorità dell'uno o dell'altro sesso, e/o il perpetuarsi di ruoli femminili e maschili stereotipati.

2. A tal fine, il firmatario dovrà accertarsi che la comunicazione, sia interna all'ente che verso il pubblico, sia conforme all'impegno assunto, promovendo immagini sessuate positive o esempi ugualmente positivi.

3. Il firmatario aiuterà i collaboratori e le collaboratrici, attraverso la formazione o con altri mezzi, ad identificare e ad eliminare le attitudini e i comportamenti stereotipati, adottando codici di comportamento al riguardo.

4. Il firmatario realizzerà attività e campagne di comunicazione volte a favorire la presa di coscienza sul ruolo controproducente degli stereotipi di genere nei confronti della realizzazione della parità tra donne e uomini.

Articolo 7 - Amministrazione e consulenza valide

1. Il firmatario riconosce il diritto per le donne e gli uomini di veder trattati i loro interessi con uguaglianza, imparzialità e giustizia e in un lasso di tempo appropriato, inclusi:

   • Il diritto di essere ascoltate/i prima che venga presa qualsiasi decisione che li riguardi e che possa avere un'incidenza negativa;

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

- Il dovere per l'autorità di motivare la propria decisione;

- Il diritto ad essere informate/i su argomenti che le/li riguardano.

2. Il firmatario riconosce che, nell'ambito delle proprie competenze, la qualità delle politiche e delle decisioni migliorerà se le persone coinvolte possono essere consultate; è fondamentale che donne e uomini abbiano, in pratica, uguale accesso all'informazione e uguale possibilità di reazione.

3. Il firmatario s'impegna quindi a considerare appropriati i seguenti provvedimenti:

   - Accertarsi che le modalità di comunicazione e di informazione tengano conto delle necessità delle donne e degli uomini, compreso l'accesso personale alle tecnologie dell'informazione e della comunicazione;

   - Accertarsi che, nel contesto delle consultazioni, i punti di vista normalmente meno ascoltati vengano presi in considerazione, e che vengano promosse azioni positive legali per assicurare questa partecipazione;

   - Quando occorre, fare consultazioni separate per le donne.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Quadro generale per la parita

Articolo 8 - Impegno generale

1. Per la durata del mandato, il firmatario riconosce, rispetta e promuove i diritti e i principi riguardanti la parità tra donne e uomini e combatte gli ostacoli e la discriminazione legati al genere.

2. Gli impegni definiti nella Carta sono responsabilità del firmatario laddove, nella totalità o in parte, dipendano dal suo potere legale

Articolo 9 – Analisi di genere

1. Il firmatario, nel corso del suo mandato, s'impegna ad effettuare un'analisi di genere, come definito in questo articolo.

2. A tal fine, il firmatario, in accordo con priorità, risorse e decisioni, precedentemente assunti, si impegna a stabilire un programma per l'attuazione delle analisi di genere, includendolo nel piano d'azione per la parità.

3. Le analisi di genere riguarderanno i seguenti provvedimenti:

   - La revisione di politiche, procedure, prassi e modelli vigenti per valutarne eventuali discriminazioni, e per verificare se si basano su stereotipi sessuali e se rispondono, in modo appropriato, alle necessità specifiche di donne e uomini.

   - La revisione dell'assegnazione delle risorse finanziarie o altre, per gli scopi sopra descritti.

   - L'identificazione di priorità ed obiettivi che permettano di trattare in maniera adeguata le questioni sollevate dalle revisioni sopra esposte e volti a migliorare la fornitura dei servizi.

   - La messa in pratica, all'inizio della procedura complessiva, dell'analisi di ogni proposta significativa relativa a politiche nuove o modificate in base alla carta e delle variazioni nell'assegnazione delle risorse, al fine di identificarne il potenziale impatto sulle donne e sugli uomini, e di assumere le decisioni finali alla luce di tale analisi.

   - Il riconoscimento delle necessità o degli interessi di coloro che subiscono discriminazioni o difficoltà molteplici.

Articolo 10 - Discriminazioni molteplici o ostacoli

1. Il firmatario riconosce che la discriminazione basata su motivazioni quali: il sesso, la razza, l'origine sociale o etnica, i caratteri genetici, la lingua, la religione o le credenze, le opinioni politiche o altre, l'appartenenza

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

ad una minoranza nazionale, il patrimonio, la nascita, l'handicap, l'età o l'orientamento sessuale, è vietata.

2. Inoltre, il firmatario riconosce che, malgrado il divieto espresso al punto 1 dell'articolo 10, numerose donne e uomini sono sottoposti a discriminazioni molteplici e incontrano ostacoli, che includono svantaggi socio economici con impatto diretto sulla loro capacità di esercitare gli altri diritti definiti e specificati nella Carta.

3. Il firmatario s'impegna, per quanto di sua competenza, ad intraprendere ogni azione appropriata nel combattere gli effetti delle discriminazioni molteplici o degli ostacoli, compreso:

   - Accertarsi che le discriminazioni molteplici e gli ostacoli siano affrontati nel Piano d'azione per la parità e nelle relative analisi di genere,

   - Accertarsi che le questioni sollevate dalle discriminazioni molteplici e dagli ostacoli siano prese in considerazione nella messa in pratica di azioni o di misure previste negli altri articoli della Carta.

   - Promuovere delle campagne di informazione per combattere gli stereotipi e incoraggiare un trattamento uguale per le donne e per gli uomini vittime di discriminazioni multiple o di pregiudizi.

   - Prendere misure specifiche per affrontare le necessità particolari delle immigrate e degli immigrati.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Il ruolo del datore di lavoro

Articolo 11

1. Il firmatario, nel suo ruolo di datore di lavoro, riconosce il diritto alla parità fra donne e uomini in tutti gli aspetti dell'occupazione, ivi comprese l'organizzazione e le condizioni del lavoro.

2. Il firmatario riconosce il diritto a conciliare la vita professionale, sociale e privata, nonché il diritto alla dignità e alla sicurezza sul posto di lavoro.

3. Il firmatario s'impegna a prendere qualsiasi provvedimento, comprese azioni positive, nell'ambito dei poteri conferitigli, per concretizzare i diritti sopra citati.

4. I provvedimenti citati al punto 3. comprendono quanto segue:

   (a) La revisione di politiche e procedure relative all'occupazione in seno alla propria organizzazione, nonché lo sviluppo e l'attuazione del capitolo «occupazione» del corrispondente Piano per la parità al fine di esaminare le disparità in un lasso di tempo appropriato, e che comprenda soprattutto:

   - La parità delle retribuzioni, cioè salario uguale per un lavoro di valore equivalente
   - Disposizioni per la revisione dei salari, dei metodi di pagamento e delle pensioni
   - Provvedimenti volti ad assicurare in maniera equa e trasparente la promozione e le opportunità di sviluppo della carriera
   - Provvedimenti volti ad assicurare una rappresentanza equilibrata di donne e uomini a tutti i livelli, soprattutto per correggere ogni disparità nei livelli superiori di inquadramento
   - Provvedimenti volti a sopprimere qualsiasi segregazione professionale basata sul sesso, e ad incoraggiare il personale a richiedere e occupare posti non tradizionali
   - Misure volte ad assicurare un equo reclutamento
   - Misure volte ad assicurare condizioni di lavoro idonee, senza pericolo per la salute e in piena sicurezza
   - Procedure di consultazione degli impiegati e dei loro sindacati, assicurando una partecipazione equilibrata di donne e di uomini in ogni organismo consultivo o di negoziato.

(b) Il divieto alle molestie sessuali nei luoghi di lavoro, attraverso una dichiarazione pubblica sulla inaccettabilità di un simile comportamento alla quale si devono aggiungere: un appropriato sostegno alle vittime, la messa in opera di politiche trasparenti sul trattamento dei colpevoli, e interventi finalizzati a risvegliare le coscienze su questo tema.

(c) La ricerca della composizione del personale a tutti i livelli, tenendo conto della diversità sociale, economica e culturale della popolazione locale.

(d) L'aiuto a conciliare la vita professionale, sociale e privata con:

- L'introduzione di politiche che permettano, se del caso, l'ottimizzazione del tempo di lavoro e provvedimenti per l'aiuto ai familiari dipendenti dai lavoratori;

- Formazione degli uomini tesa a incoraggiare l'utilizzo del loro diritto all'assenza dal lavoro per assistere familiari a carico.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Fornitura di beni e servizi

Articolo 12

1. Il firmatario riconosce che, nell'esecuzione dei compiti e obblighi riguardanti le forniture di beni e servizi, compresi i contratti d'acquisto di prodotti, l'utilizzo di servizi e la realizzazione di lavori, è sua responsabilità promuovere la parità delle donne e degli uomini.

2. Il firmatario riconosce che tale responsabilità assume un significato particolare quando viene proposto di concedere ad altra entità giuridica la fornitura di un importante servizio pubblico, di cui il firmatario è responsabile per legge. In questi casi, il firmatario dovrà accertarsi che il soggetto che ottiene il contratto (qualunque sia il suo statuto giuridico) assicuri la promozione della parità tra donne e uomini, esattamente come l'avrebbe assicurata il firmatario se avesse fornito il servizio richiesto.

3. Inoltre, il firmatario s'incarica di mettere in pratica, ogni volta che lo ritenga necessario, i seguenti provvedimenti:

   (a) Prendere in considerazione – per ogni contratto significativo che intende sottoscrivere – le conseguenze di genere e le opportunità offerte dal contratto per la promozione della parità in maniera legale

   (b) Accertarsi che le clausole del contratto tengano conto degli obiettivi di parità dei sessi

   (c) Accertarsi che gli altri termini e condizioni del contratto in questione tengano conto e rispecchino gli obiettivi di cui al punto (b)

   (d) Utilizzare il potere conferito dalla legislazione europea sugli appalti pubblici per precisare le condizioni di prestazione che abbiano ricadute sulle valutazioni sociali

   (e) Sensibilizzare il personale o i consiglieri, responsabili delle gare degli appalti pubblici e dei contratti di locazione, alla consapevolezza, nelle loro funzioni, del rispetto dell' uguaglianza di genere, anche attraverso corsi di formazione allo scopo

   (f) Accertarsi che i termini di un contratto principale diano la sicurezza che i subappaltatori rispettino gli obblighi volti a promuovere la parità dei sessi

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Il ruolo di prestatore di servizi

Articolo 13 - Educazione e formazione continua

1. Il firmatario riconosce il diritto all'educazione per ciascuno oltre al diritto di accedere alla formazione professionale e continua. Il firmatario riconosce che il diritto all'educazione riveste una funzione vitale in tutte le tappe dell'esistenza, affinché vengano assicurate reali pari opportunità, si formino attitudini essenziali per la vita e per l'occupazione e vengano così aperte nuove possibilità allo sviluppo professionale.

2. Il firmatario si incarica, negli ambiti di propria competenza, di assicurare o promuovere pari accesso all'educazione, alla formazione professionale e continua per le donne e gli uomini, le ragazze e i ragazzi.

3. Il firmatario riconosce la necessità di eliminare ogni stereotipo dei ruoli delle donne e degli uomini in ogni forma di educazione. A tal fine si incarica di prendere o promuovere i seguenti provvedimenti:

   - La revisione dei materiali educativi, dei programmi scolastici e di altri programmi educativi e dei metodi d'insegnamento per garantire che vengano contrastate attitudini e pratiche stereotipate.
   - La messa in pratica di azioni specifiche per incoraggiare le scelte di carriera non convenzionali
   - L'inclusione, nei corsi di educazione civica e di educazione alla cittadinanza, di nozioni e informazioni che sottolineino l'importanza della pari partecipazione delle donne e degli uomini nel processo democratico

4. Il firmatario riconosce che le modalità in cui le scuole e altri istituti educativi sono diretti rappresentano un modello importante per i bambini e i giovani. Il firmatario s'impegna quindi a promuovere una rappresentanza equilibrata di donne e uomini a tutti i livelli degli istituti scolastici, a cominciare dalle direzioni.

Articolo 14 - La salute

1. Il firmatario riconosce il diritto per ognuna/o di beneficiare di un buono stato di salute fisica e mentale e afferma che l'accesso delle donne e degli uomini a cure mediche e a trattamenti di qualità nonché alla prevenzione è fondamentale per la realizzazione di questo diritto.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

2. Il firmatario riconosce che in base alla parità fra donne e uomini e affinché ambedue i generi godano di buona salute, i servizi medici e sanitari devono tenere conto delle diverse necessità. Riconosce inoltre che tali necessità non provengono soltanto dalle differenze biologiche ma anche da condizioni di vita e di lavoro differenti nonché da attitudini e presupposti stereotipati.

3. Il firmatario s'impegna a prendere, laddove di sua competenza, ogni azione appropriata nel promuovere ed assicurare ai suoi amministrati/e il più alto livello di sanità. A tal fine, si impegna a concludere positivamente o a promuovere le seguenti misure:

   - Includere l'ottica di genere nella pianificazione nella destinazione delle risorse e nella fornitura di servizi medici e sanitari

   - Garantire che le attività volte a promuovere la sanità, comprese quelle tendenti ad incoraggiare una sana alimentazione e l'importante esercizio fisico, tengano conto delle attitudini e delle necessità diverse delle donne e degli uomini.

   - Garantire che il personale specializzato, ivi compreso il personale che lavora per la promozione della salute, conosca le modalità con le quali il genere influisce sulle cure mediche e sanitarie, e tenga conto dell'esperienza diversa di donne e uomini nelle rispettive cure

   - Garantire che donne e uomini abbiano accesso ad un'informazione adeguata sui problemi della sanità.

Articolo 15 - Assistenza e servizi sociali

1. Il firmatario riconosce che ognuno/a ha diritto a disporre dei servizi sociali necessari e di beneficiare dell'assistenza di un particolare servizio, in caso di bisogno.

2. Il firmatario riconosce che le donne e gli uomini hanno necessità diverse provenienti da condizioni economiche e sociali differenti e da altri fattori. Di conseguenza, per assicurare alle donne e agli uomini un uguale accesso all'assistenza sociale e ai servizi sociali, l'organizzazione firmataria prenderà tutte le misure necessarie per:

   - Includere l'approccio di genere nella pianificazione il finanziamento e la fornitura dell'assistenza sociale e dei servizi sociali

   - Garantire che il personale coinvolto nell'erogazione dell' assistenza sociale e dei servizi sociali riconosca le modalità con cui il genere influisce su questi servizi

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

e tenga conto dell'esperienza diversa che le donne e gli uomini hanno di questi servizi.

Articolo 16 – Assistenza all'infanzia

1. Il firmatario riconosce il ruolo essenziale della buona qualità dei sistemi di assistenza all'infanzia – finanziariamente abbordabili, accessibili a tutti i genitori e alle altre persone che si occupano di bambini qualunque sia la loro situazione finanziaria – nella promozione di una reale parità tra donne e uomini, e nella loro esigenza di conciliare la vita: professionale, pubblica e privata. Il firmatario riconosce inoltre il contributo che tale assistenza all'infanzia apporta alla vita economica e sociale, e al tessuto della comunità locale e all'intera società

2. Il firmatario s'impegna ad assegnare priorità alla realizzazione e alla promozione di tali sistemi di assistenza, gestiti direttamente o indirettamente (pubblico/privato). S'impegna inoltre ad incoraggiare tali sistemi attraverso altri fornitori, compreso l'aiuto che possono dare i datori di lavoro locali.

3. Il firmatario riconosce inoltre che l'educazione dei bambini richiede la divisione delle responsabilità fra donne, uomini e l'insieme della società, e s'incarica di combattere gli stereotipi di genere secondo i quali la cura dei bambini è considerata principalmente compito o responsabilità delle donne.

Articolo 17 - Cura dei familiari a carico

1. Il firmatario riconosce che le donne e gli uomini hanno la responsabilità di occuparsi dei familiari a carico, oltre che dei bambini, e che tale responsabilità può ostacolare la loro possibilità ad avere un ruolo nella società.

2. Il firmatario riconosce inoltre che tale responsabilità è affidata in maniera sproporzionata alle donne e rappresenta un ostacolo alla parità tra donne e uomini.

3. Il firmatario s'impegna a eliminare questa disparità come segue:

- Inserendo nelle sue priorità la fornitura e la promozione di sistemi di assistenza gestiti direttamente o indirettamente, che siano di alta qualità e finanziariamente accessibili.

- Fornendo il sostegno e promuovendo opportunità per coloro (donne e uomini) che soffrono di isolamento sociale a causa dell'assistenza a un familiare ammalato

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

- Promovendo una campagna contro gli stereotipi secondo i quali si presume che l'assistenza dei familiari sia quasi esclusivamente responsabilità delle donne

Articolo 18 - Inclusione sociale

1. Il firmatario riconosce che ognuna/o ha il diritto di essere salvaguardato contro la povertà e l'esclusione sociale e che, inoltre, le donne sono generalmente più soggette a subire l'esclusione sociale, poiché accedono in misura minore alle risorse, ai beni, ai servizi e alle opportunità rispetto agli uomini.

2. Il firmatario s'impegna quindi, all'interno dei servizi e delle proprie responsabilità e lavorando con i partners sociali, ad assumere, in un quadro globalmente coordinato, provvedimenti per:

   - Promuovere, per le donne e gli uomini che sono o che rischiano l'esclusione sociale o la povertà, l'accesso effettivo all'occupazione, alla casa, alla formazione, all'educazione, alla cultura, all'informazione, alle tecnologie della comunicazione e all'assistenza sociale e medica;

   - Riconoscere le necessità personali e la situazione delle donne escluse socialmente;

   - Promuovere l'integrazione delle donne e degli uomini, prendendo in considerazione le loro necessità specifiche

Articolo 19 - Alloggio

1. Il firmatario riconosce il diritto alla casa e afferma che l'accesso ad un alloggio di qualità è una delle necessità umane fondamentali e vitale per il benessere dell'individuo e della sua famiglia.

2. Il firmatario riconosce inoltre che le donne e gli uomini hanno spesso necessità specifiche e distinte riguardo alla casa, di cui bisogna tenere conto anche perché:

   (a) Le donne, mediamente, dispongono di reddito e di risorse finanziarie minori rispetto agli uomini ed hanno quindi necessità di alloggi confacenti ai loro mezzi;

   (b) Le famiglie monoparentali, nella maggior parte dei casi, hanno come capofamiglia una donna e hanno necessità di accedere agli alloggi popolari;

   (c) Gli uomini in stato di bisogno sono spesso maggioranza fra i senza fissa dimora.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

3. Il firmatario s'impegna quindi a:

   (a) fornire o promuovere per tutti il diritto a un alloggio di livello e dimensioni adeguate in un ambiente decente, dove siano accessibili i servizi indispensabili.

   (b) prendere misure tendenti a evitare i senza fissa dimora, in particolare fornendo loro assistenza basandosi su criteri di necessità, di vulnerabilità e di non discriminazione;

   (c) intervenire, in base al suo potere, sul prezzo degli alloggi rendendoli accessibili a coloro i quali non dispongono di risorse sufficienti.

4. Il firmatario s'incarica ugualmente di assicurare o di promuovere la parità di diritto delle donne e degli uomini a diventare locatari, proprietari, o detentori di un titolo di proprietà di qualunque forma, del loro alloggio. A tal fine s'impegna ad utilizzare il suo potere o la sua influenza per assicurare alle donne la stessa possibilità ad accedere al prestito e ad altre forme di assistenza finanziaria e di credito per acquistare un alloggio.

Articolo 20 - Cultura, sport e tempo libero

1. Il firmatario riconosce il diritto per tutte/i di prendere parte alla vita culturale e di usufruire della vita artistica.

2. Il firmatario riconosce inoltre il ruolo dello sport nell'arricchimento della vita della comunità e nella garanzia del diritto alla salute, così come definito nell'articolo 14. Riconosce che le donne e gli uomini hanno diritto al pari accesso alle attività e agli impianti culturali, sportivi e del tempo libero.

3. Riconosce che le donne e gli uomini hanno esperienza ed interessi diversi in materia di cultura, sport e tempo libero e che possono verificarsi azioni stereotipate di genere. S'impegna quindi ad attuare o a promuovere, come è giusto, misure che permettano di:

   - Assicurare che le donne e gli uomini, i ragazzi e le ragazze possano beneficiare e accedere equamente agli impianti e alle attività sportive, culturali e del tempo libero

   - Incoraggiare le donne e gli uomini, i ragazzi e le ragazze a partecipare in maniera equa a tutti gli sport e le attività culturali, compresi quelli considerati tradizionalmente «femminili» o «maschili»

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

- Incoraggiare le associazioni artistiche, culturali e sportive a promuovere attività culturali e sportive che mettano in discussione una visione stereotipata delle donne e degli uomini

- Incoraggiare le biblioteche pubbliche a contestare gli stereotipi di genere attraverso la scelta dei libri e di altri documenti e con le loro attività promozionali.

Articolo 21 - Sicurezza e protezione

1. Il firmatario riconosce il diritto di ogni donna e ogni uomo alla propria incolumità e alla libertà di movimento e che tali diritti non possono essere esercitati liberamente o equamente, sia nell'ambito pubblico che in quello privato, se le donne e gli uomini sono vittime dell'insicurezza generale o se pensano di essere minacciati a causa di quest'ultima.

2. Il firmatario riconosce inoltre che le donne e gli uomini, in parte a causa degli obblighi e dei modelli di vita diversi, devono spesso fronteggiare problemi diversi inerenti la sicurezza e l'incolumità e tali differenze devono essere trattate di conseguenza.

3. Il firmatario s'impegna quindi a:

   (a) analizzare, tenendo in considerazione il genere, le statistiche che si riferiscono al numero e ai tipi di incidenti (compresi i crimini gravi commessi contro la persona) che colpiscono l'incolumità e la sicurezza delle donne e degli uomini e, all'occorrenza, a controllare il livello e la natura della paura della criminalità o di altre forme di mancanza di sicurezza;

   (b) sviluppare ed attuare strategie, politiche ed azioni, compresi miglioramenti specifici allo stato o alla configurazione dell'ambiente (ad esempio i vari sistemi di collegamento dei trasporti, i parcheggi, l'illuminazione pubblica); assicurare la sorveglianza da parte della polizia o altri servizi di sicurezza; aumentare concretamente la sicurezza e la garanzia delle donne e degli uomini e cercare di ridurre la loro percezione di insicurezza.

Articolo 22 - Abusi sessuali

1. Il firmatario riconosce che gli abusi sessuali, che colpiscono le donne in maniera sproporzionata, rappresentano la violazione di un diritto umano fondamentale, e sono un'offesa alla dignità e all'integrità fisica e morale degli esseri umani.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

2. Il firmatario riconosce che l'abuso sessuale nasce dall'idea, nell'aggressore, della superiorità di un sesso sull'altro nel contesto di una relazione di abuso di potere.

3. Il firmatario s'impegna quindi ad attuare e rafforzare politiche ed azioni contro l'abuso sessuale, compreso:

   - Fornire o aiutare le strutture di assistenza e di soccorso alle vittime
   - Fornire l'informazione sui soccorsi disponibili nella regione in ogni lingua principalmente usata localmente
   - Assicurarsi che adeguate equipe professionali siano state formate per identificare e soccorrere le vittime
   - Assicurasi che ci sia una coordinazione efficace dei servizi competenti, tale i servizi di polizia, di sanità o dell'alloggio.
   - Promuovere campagne di sensibilizzazione e programmi di educazione destinati alle vittime o a soggetti a rischio nonché agli aggressori.

Articolo 23 - Tratta degli esseri umani

1. Il firmatario riconosce che il crimine della tratta di esseri umani, che colpisce le donne e le ragazze in maniera esagerata, rappresenta una violazione del diritto umano fondamentale ed è un'offesa alla dignità e all'integrità fisica e morale degli esseri umani.

2. Il firmatario s'impegna ad attuare e rafforzare le politiche e le azioni destinate a prevenire la tratta di essere umani come segue:

   - Attraverso l'informazione e campagne di sensibilizzazione
   - Attraverso programmi di formazione per le equipe professionali incaricate d'identificare e di soccorrere le vittime
   - Attraverso misure per eliminarne la richiesta
   - Attraverso misure appropriate per assistere le vittime, compreso l'accesso al trattamento medico, ad un alloggio adeguato e sicuro e a degli interpreti.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Pianificazione e sviluppo sostenibile

Articolo 24 - Sviluppo sostenibile

1. Il firmatario riconosce che per quanto riguarda la pianificazione e lo sviluppo di strategie per la conservazione del territorio, debbono essere pienamente rispettati i principi dello sviluppo sostenibile. Tali principi devono comprendere un'integrazione equilibrata della dimensione economica, sociale, ambientale e culturale ed includere ugualmente la necessità di promuovere e realizzare la parità tra donne e uomini.

2. Il firmatario s'impegna quindi a tener conto del principio di parità in quanto dimensione fondamentale dell'insieme della pianificazione, e/o delle strategie per quanto riguarda lo sviluppo sostenibile del territorio.

Articolo 25 - Pianificazione urbana e locale

1. Il firmatario riconosce l'importanza dello sviluppo dello spazio, dei trasporti, dell'economia nonché l'importanza delle politiche e dei piani di utilizzo del suolo per creare le condizioni nelle quali il diritto alla parità delle donne e degli uomini nella vita locale sia più facilmente attuabile.

2. Il firmatario s'impegna ad assicurare che nella concezione, l'elaborazione, l'adozione e l'attuazione di queste politiche e di questi piani siano presi in considerazione:

   - La necessità di promuovere la parità reale in tutti gli aspetti della vita locale

   - Le necessità specifiche delle donne e degli uomini in relazione all'occupazione, all'accesso ai servizi, alla vita culturale, all'educazione e all'esercizio delle responsabilità familiari e fondate su dati specifici locali o generali, comprese le analisi di genere realizzate dall'organizzazione firmataria,

   - La realizzazione di strutture di qualità che tengano conto delle necessità delle donne e degli uomini.

Articolo 26 - Mobilità e Trasporti

1. Il firmatario riconosce che la mobilità e l'accesso ai mezzi di trasporto sono condizioni indispensabili affinché le donne e gli uomini possano esercitare gran parte dei loro diritti, lavori, attività, compreso l'accesso all'occupazione, all'educazione, alla cultura e ai servizi essenziali. Riconosce ugualmente che lo sviluppo sostenibile e il successo di un Comune o di una Regione dipendono in larga misura dallo sviluppo

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

delle infrastrutture e dal servizio pubblico dei trasporti efficaci e di buona qualità.

2. Il firmatario riconosce inoltre che le donne e gli uomini hanno spesso necessità e abitudini diverse per quanto riguarda gli spostamenti ed i trasporti, necessità e abitudini fondati su fattori quali il reddito, le responsabilità dei figli e dei familiari a carico e gli orari di lavoro. Di conseguenza, le donne utilizzano maggiormente i trasporti pubblici rispetto agli uomini.

3. Il firmatario s'impegna quindi:

   (a) A tener conto delle necessità di spostamento e delle modalità di utilizzo dei trasporti delle donne e degli uomini, compresi quelli dei comuni urbani e rurali;

   (b) A fare in modo che i servizi di trasporto offerti ai cittadini sul territorio siano idonei alle necessità specifiche e alle necessità comuni delle donne e degli uomini e alla realizzazione di una vera parità tra donne e uomini nella vita locale.

4. Il firmatario s'impegna inoltre a migliorare progressivamente i trasporti pubblici sul territorio, comprese le connessioni intermodali, per trattare le esigenze specifiche e comuni di donne e uomini in materia di trasporti che devono essere regolari, finanziariamente accessibili e sicuri e contribuire così allo sviluppo sostenibile.

Articolo 27 - Sviluppo economico

1. Il firmatario riconosce che la realizzazione dello sviluppo economico equilibrato e sostenibile è componente vitale del successo di un Comune o di una Regione e che le attività e i servizi in quest'ambito possono incoraggiare in modo significativo l'avanzamento della parità delle donne e degli uomini.

2. Il firmatario riconosce la necessità di aumentare il livello e la qualità dell'occupazione delle donne e riconosce inoltre che il rischio di povertà legato alla disoccupazione di lunga durata e al lavoro non remunerato è particolarmente elevato per le donne.

3. Il firmatario si impegna, in base alle proprie attività e servizi nell'ambito dello sviluppo economico, a considerare le necessità e gli interessi delle donne e degli uomini nonché le opportunità che permettano di far crescere la parità e di attuare a tal fine gli interventi necessari. Le azioni possono comprendere:

   • L'aiuto e l'incoraggiamento alle donne imprenditrici;

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

- L'assicurazione che il sostegno alle imprese, finanziario o di altra natura, promuova la parità tra i sessi;

- L'incoraggiamento delle donne in formazione ad acquisire le competenze e ottenere le qualifiche che conducano ad occupazioni generalmente considerate «maschili», offrendo loro posti equivalenti e vice versa.

Articolo 28 - L'ambiente

1. Il firmatario riconosce la propria responsabilità nella realizzazione di un alto livello di protezione e di miglioramento dell'ambiente sul suo territorio, comprese le politiche locali riguardanti i rifiuti, l'inquinamento acustico, la qualità dell'aria, la biodiversità e l'impatto del cambiamento climatico. Riconosce il pari diritto alle donne e agli uomini di beneficiare dei servizi e delle politiche in materia di ambiente.

2. Il firmatario riconosce che in numerosi ambiti i modelli di vita delle donne e degli uomini sono diversi, che le donne e gli uomini tendono a distinguersi nell'uso che fanno dei servizi locali o degli spazi attrezzati, o ancora che sono confrontate/i a problemi ambientali diversi.

3. Di conseguenza, il firmatario s'impegna, per quanto riguarda lo sviluppo delle politiche e dei servizi ambientali, a tenere in pari considerazione le necessità specifiche legate ai rispettivi modelli di vita delle donne e degli uomini e al principio di solidarietà fra le generazioni.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Il ruolo di controllo

Articolo 29 - Gli enti locali in qualità di controllori

1. In esecuzione agli impegni e alle competenze relative ai controllori delle attività inerenti il suo territorio, il firmatario riconosce l'importanza che il ruolo di una regolamentazione effettiva e della protezione dei consumatori, riveste nel mantenimento della sicurezza e del benessere della popolazione locale e che le donne e gli uomini possono essere investiti in modo differente dalle attività di controllo.

2. Nell'esecuzione dei compiti di controllo, il firmatario s'impegna a considerare le esigenze, gli interessi e le condizioni di esistenza specifiche delle donne e degli uomini.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Gemellaggi e cooperazione internazionale

Articolo 30

1. Il firmatario riconosce il valore dei gemellaggi e della cooperazione europea ed internazionale degli enti locali e regionali per l'avvicinamento dei cittadini e per promuovere scambi di conoscenze e di comprensione reciproca al di là delle frontiere nazionali.

2. Il firmatario s'impegna, nelle attività di gemellaggio e di cooperazione europea ed internazionale, a:

   - coinvolgere in queste attività, in maniera equa, donne e uomini provenienti da ambienti diversi

   - utilizzare le relazioni di gemellaggio e i partenariati europei ed internazionali come piattaforma di scambio di esperienze e di conoscenze sulle tematiche di parità delle donne e degli uomini.

   - integrare la dimensione della parità tra i sessi nelle azioni di cooperazione decentrata.

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Il Consiglio dei Comuni e Regioni d'Europa (CCRE) é la più grande organizzazione dei poteri locali e regionali in Europa.
I suoi membri sono le associazioni dei poteri locali e regionali di più di trenta paesi europei.
L'obiettivo principale del CCRE è di promuovere un'Europa forte ed unita, fondata sulla democrazia e sul principio di autonomia locale e regionale ; un'Europa nella quale le decisioni sono prese il più vicino possibile ai cittadini, in rispetto del principio di sussidiarietà.
Le attività del CCRE ricoprono molti settori di lavoro tra i quali i servizi pubblici, i trasporti, la politica regionale, l'ambiente, le pari opportunità….
Il CCRE è anche attivo sulla scena internazionale. Costituisce la Sezione Europea dell'organizzazione mondiale delle Città e dei Comuni, (CGLU/UCLG).

CCRE
CEMR

LA CARTA EUROPEA PER L'UGUAGLIANZA
DI DONNE E UOMINI NELLA VITA LOCALE E REGIONALE

Una Carta che chiede alle collettività territoriali di utilizzare i loro poteri e i loro partenariati
a favore di una maggiore uguaglianza per tutte e tutti

Io sottoscritto(a) .....(cognome e nome)

Nella mia qualità di .....

di ..... (nome dell'ente locale /regionale)

confermo che l'ente sopra indicato si impegna formalmente ad aderire alla Carta europea per l'uguaglianza di donne e uomini nella vita locale e regionale, e ad uniformarsi alle sue disposizioni, e di essere stato debitamente incaricato(a) ad agire qui a suo nome.

Firma .....

Data .....

Farò pervenire una copia debitamente compilata e firmata di questa certificazione al Consiglio dei Comuni e Regioni d'Europa, promotore della Carta, al seguente indirizzo:

Segretariato Generale
Consiglio dei Comuni e Regioni d'Europa
15 rue de Richelieu
F – 75001 Paris – France

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00E45352 - Eros Magnago, 00E60FE2

Brussels
1, Square De Meeûs
1000 Brussels
tel. : + 32 2 511 74 77
fax : + 32 2 511 09 49

Paris
15, rue de Richelieu
75001 Paris
tel. : + 33 1 44 50 59 59
fax : + 33 1 44 50 59 60

e-mail : cemr@ccre.org
www.ccre.org

CEMR thanks the European Commission for its financial support.

The Commission is not responsible for any use
that may be made of the information contained therein

Printed on 100% recycled paper - Design: studiogoffin.be

EUROPÄISCHE CHARTA
FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN AUF LOKALER EBENE

Eine Charta für die Kommunen und Regionen Europas, mit der sie sich verpflichten, ihren Einfluss und ihre Verbindungen dafür einzusetzen, dass mehr Gleichberechtigung für ihre Bürgerinnen und Bürger hergestellt wird

Ich, der Unterzeichnende

LA CARTA EUROPEA
PER L'UGUAGLIANZA DI DONNE E UOMINI NELLA VITA LOCALE E REGIONALE

Una Carta che chiede alle collettività territoriali di utilizzare i loro poteri e i loro partenariati a favore di una maggiore uguaglianza per tutte e tutti

Io sottoscritto

CHARTA EUROPEICA
PER LA VALIVANZA DE ËILES Y ËI A LIVEL LOCAL

Na Charta per i Chemuns y la Regions dl'Europa, cun chëla che Ve mpeniëis de Ve bater, cun Vosta nfluenza y Vosc cuntac, per na majera valivanza di dërc danter la zitadines y i zitadins

Ie, l sotscrit

Dr. Arno Kompatscher

Inhaber folgenden Amtes
Landeshauptmann

Autonome Provinz Bozen / Südtirol (Italien)

bestätige mit meiner Unterschrift, dass sich die obengenannte Gebietskörperschaft formell verpflichtet hat, die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene umzusetzen und die in ihr enthaltenen Bestimmungen zu befolgen.
Ich bestätige, dass ich bevollmächtigt bin im Namen der genannten Gebietskörperschaft zu handeln.

nella mia qualità di
Presidente

Provincia Autonoma di Bolzano / Alto Adige (Italia)

confermo che l'ente sopra indicato si impegna formalmente ad aderire alla Carta europea per l'uguaglianza di donne e uomini nella vita locale e regionale, e ad uniformarsi alle sue disposizioni.

Confermo di essere stato debitamente incaricato ad agire qui a nome dell'ente indicata.

cun la funzion de
Presidënt dla Provinzia

Provinzia Autonoma de Bulsan / Südtirol (Talia)

cunfërme cun mi sotscrizion che l ënt teritoriel nunzià dessëura se à tëut sëura formalmënter de realisé la Charta Europeica per avané la valivanza de ëi y ëiles a livel local y de usservé la despusizions che la cuntën.

Ie cunfërme che son autorisà a l fé a inuem dl ënt nunzià.

Unterschrift / Firma / Sotscrizion .....

Datum / data / data .....**30.10.2021**.....

Ich verpflichte mich, eine unterzeichnete und vollständige Kopie dieses Formulars an den Rat der Gemeinden und Regionen Europas als Förderer dieser Charta an folgende Adresse zu schicken:
Generalsekretär
Rat der Gemeinden und Regionen Europas
15 rue de Richelieu F – 75001 Paris - France

Farò pervenire una copia debitamente compilata e firmata di questa certificazione al Consiglio dei Comuni e Regioni d'Europa promotore della Carta, al seguente indirizzo:
Segretario Generale
Consiglio dei Comuni e Regioni d'Europa
15 rue de Richelieu F- 75001 Paris - France

Ie me mpënie a ti mandé na copia cumpleta y sotscrita de chësc formuler al Cunsëi di Chemuns y dla Regions dl'Europa sciche sustenidëur de chësta Charta a chësta adres:
Secreter Generel
Cunsëi di Chemuns y dla Regions dl'Europa
15 rue de Richelieu F – 75001 Paris - France

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2

Sichtvermerke i. S. d. Art. 13 L.G. 17/93
über die fachliche, verwaltungsgemäße
und buchhalterische Verantwortung

Visti ai sensi dell'art. 13 L.P. 17/93
sulla responsabilità tecnica,
amministrativa e contabile

Die Amtsdirektorin — 15/09/2021 08:54:41 PICUS CLAUDIA — La Direttrice d'ufficio

Der Abteilungsdirektor — 15/09/2021 09:10:50 LUTHER KLAUS — Il Direttore di ripartizione

Laufendes Haushaltsjahr — Esercizio corrente

La presente delibera non dà luogo a impegno di spesa.
Dieser Beschluss beinhaltet keine Zweckbindung

zweckgebunden		impegnato
als Einnahmen ermittelt		accertato in entrata
auf Kapitel		sul capitolo
Vorgang		operazione

Der Direktor des Amtes für Ausgaben — 15/09/2021 15:15:15 NATALE STEFANO — Il Direttore dell'Ufficio spese

Der Direktor des Amtes für Finanzaufsicht — Il Direttore dell'Ufficio Vigilanza finanziaria

Der Direktor des Amtes für Einnahmen — Il Direttore dell'Ufficio entrate

Diese Abschrift entspricht dem Original — Per copia conforme all'originale

Datum / Unterschrift — data / firma

Abschrift ausgestellt für — Copia rilasciata a

AUTONOME PROVINZ BOZEN - SÜDTIROL

PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO - ALTO ADIGE

Der Landeshauptmann Il Presidente	KOMPATSCHER ARNO	21/09/2021
Der Generalsekretär Il Segretario Generale	MAGNAGO EROS	21/09/2021

Es wird bestätigt, dass diese analoge Ausfertigung, bestehend - ohne diese Seite - aus 80 Seiten, mit dem digitalen Original identisch ist, das die Landesverwaltung nach den geltenden Bestimmungen erstellt, aufbewahrt, und mit digitalen Unterschriften versehen hat, deren Zertifikate auf folgende Personen lauten:

nome e cognome: Arno Kompatscher

Si attesta che la presente copia analogica è conforme in tutte le sue parti al documento informatico originale da cui è tratta, costituito da 80 pagine, esclusa la presente. Il documento originale, predisposto e conservato a norma di legge presso l'Amministrazione provinciale, è stato sottoscritto con firme digitali, i cui certificati sono intestati a:

nome e cognome: Eros Magnago

Die Landesverwaltung hat bei der Entgegennahme des digitalen Dokuments die Gültigkeit der Zertifikate überprüft und sie im Sinne der geltenden Bestimmungen aufbewahrt.

L'Amministrazione provinciale ha verificato in sede di acquisizione del documento digitale la validità dei certificati qualificati di sottoscrizione e li ha conservati a norma di legge.

Ausstellungsdatum — Data di emanazione

21/09/2021

Diese Ausfertigung entspricht dem Original — Per copia conforme all'originale

Datum/Unterschrift — Data/firma

Beschluss Nr./N. Delibera: 0803/2021. Digital unterzeichnet / Firmato digitalmente: Arno Kompatscher, 00F45352 - Eros Magnago, 00E60FF2